

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Wochenblatt 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**

beträgt für die sechsgelbige Kolonne  
je oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Inserate  
und Verlautbarungs-Anzeigen 20 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
(nur das erste Wort frei). Insetats für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Festtagen bis 2 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Sächsischer Schweigegelder.

Aus Chemnitz wird uns telegraphisch gemeldet:

Der hiesigen „Allg. Ztg.“ wird aus Genf gemeldet, daß der Vertreter des Kronprinzen und des sächsischen Hofes, Justizrat Dr. Körner, den sächsischen Hof telegraphisch hat wissen lassen, er werde der Kronprinzessin eine jährliche Rente von 30 000 Mk., bei Ablehnung eine solche von 50 000 Mk. anbieten; Befehlsmäßigkeit der Angelegenheit sei am Plage.

Der nach Genf enthaltene Vertreter des sächsischen Hofes scheint inmitten des tragischen Hoffonskisses noch genug kaufmännische Sinne zu bewahren, um die Sache so billig als möglich zu erledigen. Er will zunächst 30 000 Mk. bieten, er will aber höher gehen, wenn jene Summe nicht genügt.

Das Geldangebot ist äußerst befremdlich. Die Kronprinzessin hat ein ansehnliches Heiratsgut mit in ihre Ehe gebracht und ist dadurch des Existenzjorgens gesichert. Wie ist es möglich, daß der Vertreter des sächsischen Hofes eine Jahresrente derselben Frau anbietet, die den sächsischen Hof schroff verlassen und ihren Abscheu gegen die in Dresden herrschenden Zustände bekundet hat? Hält der Herr Vertreter es für gut, der Kronprinzessin, nachdem sie dem Kloster und dem Irrenhaus entronnen, Schweigegelder anzutragen? Fürchtet der Herr Vertreter die Denkschrift, die soeben im Auftrage der Kronprinzessin ausgearbeitet wird?

### Die Stimmung in der sächsischen Bevölkerung.

Die nationalliberale „Dresdener Zeitung“ bringt einen bemerkenswerten Artikel über die Beurteilung des Hoffonskisses in der sächsischen Bevölkerung. Zunächst giebt das Blatt einige Bemerkungen über die Bedeutung des Falles:

Die Skandale, welche am sächsischen und österreichischen Hofe über Nacht heraufbeschworen worden sind, haben uns unvorhergesehen und mit blühender Schmelzigkeit in eine Krisis getrieben, die nach mancherlei Richtung hin heute noch gar nicht abzusehende Folgen nach sich ziehen kann. Wohl noch nie seit den Wolltagen des Jahres 1849 ist das ganze sächsische Volk so bis in die Tiefe erregt gewesen wie jetzt. Es nimmt keine Rücksicht mehr in seiner Meinungsbildung und wird es allen Anschein nach auch in den politischen Forderungen, die es ziehen wird, nicht mehr thun. Mit ziemlicher Sicherheit darf man rein objektiv behaupten, daß der weit überwiegende Teil des protestantischen sächsischen Volkes trotz alledem für die gestohlene Frau in beschränkter Weise Partei nimmt und es offen ausspricht, daß sie, wäre sie in allen Ehren und allem gegangen, heute eine schwerwiegende politische Macht in Sachsen sein würde. Wie nun auch die Dinge liegen mögen, der zweifellos begabten Frau fehlte jedenfalls ein guter politischer Berater. Bei ihrer geistigen Gewandtheit und Klugheit, ihrer Schärfe des Urteils über Menschen und Dinge, bei ihrer zweifellos freieren geistigen Richtung hätte sie dementsprechend als Königin von Sachsen die Rolle spielen können, die ihr nach ihren reichen Geistesgaben gebührte. Damit ist es nun vorbei.

Weiter schildert das liberale Blatt die herrschenden Einflüsse am sächsischen Hof und spricht die Ansicht aus, daß die weitestgehende Kreise der sächsischen Bevölkerung, ganz abgesehen von der politischen Parteilichkeit, entrüstet sind über die höflichen Zustände, in denen man die Ursache sieht, daß es soweit gekommen. Der Artikel schließt dann fort:

So etwas hat gerade noch gefehlt! Das Land ist zerrissen von sozialen Leidenschaften. Nirgends in Deutschland prallen die Gegenstände von Arm und Reich so hart aufeinander wie bei uns. Nirgends ist der verhaltene politische Groll so tief wie bei uns. In allen kommen nun noch die Konsequenzen der religiösen Gegensätze zwischen dem katholischen Hof und dem protestantischen Volke. Burden die bisher durch die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes an sein angekanntes Herrscherhaus angeglänzt, so ringen sie sich nun mit ursprünglicher Heftigkeit hervor, und es ist noch lange nicht abzusehen, wohin die gegenwärtige Katastrophe führen wird. Auch die protestantische Geistlichkeit hat bisher schonende Zurückhaltung geübt; allein damit ist es gutem Vernehmen nach nun auch zu Ende. Der alte Reformationsgeist, der nur Gott, aber nicht die Menschen fürchtet, kommt wieder über unser Volk, und erhebt sich erst die religiöse Woge des in seinen jenseitigen Gefühlen verletzten protestantischen Volkes, so wird sie auf ihrem Wege nicht mehr aufgehalten. Man hat den Wogen überbäumt, nun sind die Sehnen zerrissen.

Giebt die sächsische Presse von jetzt an nicht rückhaltlos der Volksstimmung Ausdruck, so wird sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen der ganze Groll in die Wagschale der Socialdemokratie entleeren. Das aber liegt nicht im Interesse des Landes. Darum müssen die Vertreter des Volkes in Staat und Kirche das bestehende Wort sprechen und die erregte Volksstimmung in ruhige Bahnen lenken. Wie die Dinge aber liegen, ist das nicht anders mehr möglich als durch eine offene Darlegung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und Verfestigung aller landfremden Einflüsse. Geschicht dies, so kann noch manches wieder gut werden; geschieht es nicht, so sind die Folgen nicht abzusehen. Mit einer offiziellen Freisinnigkeitserklärung ist die Sache nicht abgethan, das sieht heute jedermann.

Die antikerikale Absicht verleitet hier das liberale Blatt zu ganz irrigen Auffassungen. Die konfessionelle Frage spielt in der Angelegenheit keineswegs eine so bedeutende Rolle. So richtig es ist, daß die Lust des sächsischen Hofes Kerikal verunreinigt ist, so ist von einem eigentlichen Jesuitenregiment am sächsischen Hof ebenso wenig zu reden wie von einem Gegensatz zwischen dem sächsischen Hof und der Bevölkerung aus konfessionellen Gründen. Die besitzenden Klassen in Dresden und Sachsen sind selbst so durchaus in derselben heuchlerischen Bigotterie befangen, daß sie deshalb nicht in Gegenwart zum Hof stehen können. Und der sächsische Protestantismus hat nicht die geringste Verachtung, eine besondere katholische Schuld zu erfinden, denn dieser Pro-

testantismus, soweit er überhaupt Einfluß hat, ist nicht minder muckerisch und „kerikal“ als die katholische Priesterherrschaft. Die Thorheit der liberal-protestantischen Beschwerde ergibt sich schon aus der einfachen Thatfache, daß die weit überwiegende Anzahl der Hofstellen in Dresden mit Protestanten besetzt ist.

Gewiß aber ist die Thatfache unbestreitbar, daß in der sächsischen Bevölkerung schon längst die „monarchischen Empfindungen“ schwach gelitten haben. Insbesondere die Wahlentscheidung unter der Regierung des vorigen Königs hat die monarchischen Reigungen erschüttert, und man weiß, daß der jetzige König nicht nur wie sein verstorbenen Bruder die Aenderung des Wahlrechts gesehen ließ, sondern daß er selbst als Mitglied der Zweiten Kammer sie eifrig gefördert und mit beschlossenen hat. Dazu kam neuerdings die ersichtliche Erhöhung der Civilliste des Königs in einer Zeit, wo die Staatskasse in schwerer Not ist und wo die durch die wirtschaftliche Krise furchtbar heimgeführte Bevölkerung noch außerordentliche Steuerzuschläge ertragen muß.

So sind allerdings die weitesten Kreise des sächsischen Volkes, nicht aus konfessionellen Gründen, sondern aus allgemein politischen Gründen, wenig vorbereitet, für den Hof in seinen jetzigen Schwierigkeiten irgend welches Mitleidempfinden zu haben. Vielmehr entspricht es — nach den uns aus Sachsen zugehenden Mitteilungen — der Wirklichkeit, wenn die liberale „Dresdener Zeitung“ sagt, daß der weit überwiegende Teil des sächsischen Volkes für die entsetzte Frau Partei ergreift.

### Abfindung Leopold Ferdinands.

Wien, 8. Januar. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Salzburg meldet, fand gestern daselbst ein Familienrat statt, an welchem außer den Mitgliedern des Hauses Toscana Erzherzog Ludwig Victor als Vertreter des Kaisers teilnahm. Der Familienrat soll beschließen haben, dem früheren Erzherzog Leopold Ferdinand das ganze ihm zuzehörende Erbe sofort auszuhändigen und sodann alle Beziehungen abzubrechen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar.

Der Bundesrat hat in seiner Donnerstagssitzung den Ausschussbericht über den Entwurf des Etats für die Expedition nach Ostasien zum Reichshaushalts-Etat für 1903 und über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1903 zugestimmt; ferner wurde den Ausschussberichten über die Entwürfe von Etats zum Reichshaushalts-Etat für 1903 und zwar des Auswärtigen Amtes und der Reichsschuld, sowie dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1903 die Zustimmung erteilt.

### Herr Bassermann

hat in Mannheim vor seinen Nationalliberalen die üblichen Lügengeheimnisse zur Verteidigung des parlamentarischen Vergewaltigungs-Verzuges erzählt. Das erlogene Gerücht vom „socialdemokratischen Terrorismus“ ist eine besondere Leistung des Herrn Bassermann, der selbst wiederholt im Laufe des vorigen Jahres das Zustandekommen des Volkstarifes für unmöglich erklärt hat. Herr Bassermann hatte diese Ansicht, so lange er eine lokale Zurechtweisung der Geschäftsordnung gegenüber der Opposition für eine liberale Pflicht hielt. Als er dann die Vergewaltigungsbereitschaft des Centrums und der Konjunkturalisten sah, wandelte sich das liberale Pflichtgefühl in ihn derart, daß er an die Spitze der Vergewaltiger trat und den unmöglichen Volkstarif durch brutale Rechtsbeugung durchsetzte.

Ebenso wahrheitswidrig ist die Behauptung des nationalliberalen Parteiführers — es sagt genug für den heutigen Nationalliberalismus, diesen Führer zu haben! — daß von einem Unfall seiner Partei nicht die Rede sein könne, da im wesentlichen die Regierungsvorlage angenommen sei. In Wahrheit tödlich der Volkstarif, wie er aus den Gewaltthaten der Reichstagsmehrheit hervorgegangen ist, in sehr wesentlichen Stücken von der Regierungsvorlage ab und enthält zahlreiche agrarische Befreiungen, gegen welche die Nationalliberalen zuvor hitzig protestiert hatten.

Herr Bassermann sprach auch „von der Gefährdung des Reichstags-Wahlrechtes“ und sagte: „Die Behauptung von der Gefährdung des Reichstags-Wahlrechtes sei dem schlechten Gewissen der Socialdemokratie entsprungen“. „Aber“, so fuhr Herr Bassermann fort, „wir werden an dem jetzigen Reichstags-Wahlrecht festhalten.“ In Wahrheit war es gerade der nationalliberale Geistesforscher, welcher vor allen anderen im Reichstage erklärt hat, daß das Verhalten der Socialdemokratie das Reichstags-Wahlrecht in Gefahr bringe. Als die Socialdemokratie ihr Recht beumte, eine gemeingefährliche Vorlage ernstlich zu bekämpfen, da heulte Herr Bassermann die lauernden Feinde des Reichstags-Wahlrechtes zu neuen Hoffnungen. Der nationalliberale Bassermann wurde der eigentliche Urheber der „Rede“ Herr Bassermann mag sich bei guten politischen Gewissen fühlen; wer kein Empfinden besitzt für die Verpfändungen eines wirklichen Liberalismus, ist in der angenehmen Lage, ohne Strupel liberale Grundrechte reaktionär niederzutreten.

Der unbeliebte einfache Mann aus der Werkstatt. Das Centralorgan der katholischen Gewerkschaften, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, jammert heftig darüber, daß über den Vereinbrot des katholischen Arbeitervereins in Coesfeld der Militärbehörden verhängt worden ist; die Wehrnachrichtlauber dürfen den Saal nicht betreten, obwohl die Breslauer Kaiserrede in großem Druck öffentlich ausgehängt war.

Arbeitervereinigungen sind eben immer anrüchlich, außer wenn sie als Huldigungsdeputation erscheinen.

Deutschlands Freisinnige in der Beurteilung des Auslandes. Das liberale Apenhagerer Tageblatt „Politik“ brachte kürzlich einen interessanten Artikel über die Zustände und Möglichkeiten eines

Wahlartikels zwischen der Socialdemokratie und der radikalen bürgerlichen Kräfte in Deutschland und urteilte wie folgt über unsere Freisinnigen:

„Innerhalb der radikalen Parteien Deutschlands sind jedoch Bedenken aufgestellt gegen eine solche Allianz. Deutschlands Freisinnige sind ja eine Partei, voll von Fortschritten, kurz-sichtig und doktrinär, nur radikal dem Namen nach und mit wenig Entwicklungsmöglichkeiten.“

Die „Freisinnige Zeitung“ fährt fort die Lobspüche zu sammeln, die ihr von der reaktionären Presse eifrig gesendet werden; heute druckt sie eine Huldigung der „Kreuz-Zeitung“ ab. Als im Reichstags zum erstenmal die Zollmehrer Eugen Richter mit Beifallstimmen überschüttet, unterschlug der Parlamentsbericht der „Freisinnigen Zeitung“ noch schamhaft alle Beifalls rüch und in der „Mitte“. Inzwischen, da man bei schiedenen Leuten doch keine Zustimmung mehr findet, ist die „Freis. Ztg.“ auch bereits auf die Urkunden ihrer Schande stolz und eitel.

Unserem gestrigen Nachweis, daß die Vergewaltigungs-Tatist der Zollmehrheit ohne jede socialdemokratische Probatation eingeleitet hat — und zwar so vehement, daß sich selbst Herr Sattler entsetzte —, weiß die „Freis. Ztg.“ nichts andres entgegenzusetzen als den Ausdruck „wirres Geschwätz“ und einen in üblicher Weise verümmelten Auszug, der das Besenläsche unterfängt.

Die „Freisinnige Zeitung“ bellt sich ähnlich wie die „Frankfurter Zeitung“, der heute von der „Post“ bescheinigt wird, daß sie sich „in der Affaire Strupp eines durchaus korrekten und ehrenwerten Verhaltens befleißigt habe“. — Die „Freisinnige Ztg.“ bellt sich über die Fälle der Ausbrüche, mit der wir das verächtliche Verhalten Eugen Richters charakterisiert haben. Es will uns scheinen, daß es verdienstvoller sei, mit stilistischer Abwechslung den Weidungen die Wahrheit festzustellen, als immer mit der gleichen Phrase dieselbe Lüge zu lehren.

Die Wanderröcher der Freisinnigen Volkspartei reiten jetzt im Lande umher, um durch Vertreibung des Lügen-NAC den Unwillen der eignen Parteigenossen über die verräterische Taktik Eugen Richters zu beschwichtigen.

So war Herr Dr. Wiemer nach Königsberg i. P. entsandt. Bezeichnend für das Schwächebewußtsein der Volkspartei war es, daß die Versammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Herr Wiemer wiederholte die bekannten Erfindungen der „Freisinnigen Zeitung“.

In der Diskussion polemisierte sanft Herr Rupp gegen die „Taktik“ der Richterleute.

Konflikte in der Volkspartei. In Eibersfeld, dem Wahlkreise des berühmten Reinhard Schmidt, ist es zu einer Spaltung der Freisinnigen gekommen.

Besonders ein Mitglied, so berichtet die „Rhein. Westf. Zeitung“, der Kaufmann Lehning, hatte sich den leidhaftesten Unwillen hauptsächlich der Führer zugezogen, so daß diese ihn kurzerhand aus der Partei hinauswarfen. Es sollte nun der Ausschluß des betreffenden Herrn offiziell bestätigt werden. Den Vorstoß führte der Reichstags-Abgeordnete Reinhard Schmidt. Da der Vorigende eine Diskussion über die Ausschließung nicht beliebte, kam es zu förmlichen Stimmzettel, trotzdem wurde die Ausschließung mit 28 gegen 20 Stimmen beschlossen. Die Protestler beobachteten nun, aus dem Verein auszutreten und einen neuen freisinnigen Verein zu gründen.

Vorüber der Konflikt entstanden ist, wird nicht gesagt.

Du warst doch sonst nicht so! Es war einmal ein Mann, der fürchtete von der Socialdemokratie:

„Ich gehe, ein glänzender geführter Feldzug macht mir eine gewisse ästhetische Freude. . . Einen solchen Feldzug hat jetzt die Socialdemokratie mit der lex Heunze geführt. . . Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Socialdemokratie fügen müssen. . . Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entdecken zu können. . . Nicht minder verwundernd ist als der Scharfsinn der socialdemokratischen Fraituren . . . ist die Klugheit, mit der sie die Obstruktion sofort einstellte, als das Ziel erreicht war, usw.“

Solches schrieb Herr Professor Hans Delbrück im Jahrbuch seiner „Preussischen Jahrbücher“ 1900.

Und es war ein Mann, der meinte anlässlich des Raimzer Parteitages der Socialdemokratie, daß die Socialdemokratie die einzige interessante, noch nicht im Stadium der Verfeinerung befindliche, noch Talente aufweisende deutsche Partei sei.

Solches schrieb Herr Prof. Hans Delbrück im Oktober der Preussischen Jahrbücher 1900. Damals nannte ihn die „Kreuz-Zeitung“ einen Förderer der Umfurzpartei und forderte seine Nachregelung.

Und es war endlich ein Mann, der urteilte folgendermaßen:

„Einen ungeeigneteren Moment für einen Hymnus auf den socialdemokratischen Führer (gemeint ist Raimonsens Artikel) konnte es gar nicht geben, als den jetzigen. Sind in dem eben beendeten parlamentarischen Kampfe die Socialdemokraten nicht doppelt geschlagen, indem sowohl der Volkstarif angenommen, wie die Geschäftsordnung dauernd zu ihren Ungunsten verändert ist? Und welcher Führer ist es gewesen, dessen unbegreiflicher Renommisterei sie in erster Linie ihre Niederlage verdanken? Herr Bedel! . . . Kein, dem Diktum vom „Kopfe Bedels“ stelle ich das gerade Ungelehrte entgegen: es ist nicht bloß die Zweitrag der Liberalen, die ihre Schwäche in Deutschland macht, sondern es ist vor allem die Erblichkeit der Junker, der unendlich überlegene politische Verstand der Konservativen, der sie immer wieder bei uns zur Herrschaft beruft und an der Herrschaft erhält und die Liberalen anschießt! Wie in der Weltgeschichte hat es talentvollere (in höherem politischen Sinne) Parteien gegeben als heute die Oppositionellen in Deutschland; der politische Verstand fehlt ihnen in einem Maße, daß man es ebensowohl traurig wie lächerlich nennen kann.“

Solches schrieb Herr Prof. Hans Delbrück im Jahrbuch der „Preussischen Jahrbücher“ 1900.

Das für ein urteilsfähiger Führer der Nation steht doch in einem deutschen Professor!

Es gab eine Zeit, da glaubten die Professoren an eine Spaltung der Socialdemokratie, an eine Auserkung zur harmlosen Reformpartei — damals schmeichelte man uns. Jetzt haben die Herren den Traum ausgeräumt und erbost halten sie uns nicht mehr für



Die Hoffnung der deutschen Nation, loben sie nicht mehr unsere Intelligenz und unsern Charakter, sondern jetzt sind wir lächerliche dumme Kerle, die sich vor den erdbebenden Normannen, Hunnen und Strocher Schänen müssen, ja wir sind auch niederträchtig; darum nennt Herr Professor Hans Delbrück in demselben Artikel die Essener Kaiserrede eine „noble Thät“.

Wenn Herr Professor Hans Delbrück demnächst wegen seiner Salafitendebildung vor Gericht kommt, kann er die obigen drei Stellen als Beweis dafür vorlesen, daß seine Urteile nicht so ernst genommen werden können und daß dieser Umstand ihm strafmildernd angerechnet werden müsse. —

**Centrums-Reinigungen.** Aus Beuthen wird uns geschrieben: Nach fünfjährigem Schwiegen trat endlich am 8. d. Mts. der Centrums-Abgeordnete Stephan aus Beuthen vor seine Wähler, um, wie er selbst sagte, sich und seine Partei zu reaktivieren. Diese Reaktivierung bestand in den bekannnten Angriffen des Centrums auf unsere Partei. Ihm und der Versammlung zu zeigen, in welcher Weise das Centrum und Stephan das oberirdische Volk, dem sie im Jahre 1898 völligen Schutz vor neuen Volkslasten hoch und heilig versprochen hatten, verraten haben, dazu war deshalb keine Gelegenheit, weil das „freie“ Centrum die Redefreiheit unterdrückte. Stephan erwähnte die verammelten polnischen und deutschen Anhänger, einzig zu sein, damit nicht die Sozialdemokraten die laufenden Dritten würden bei der Reichstagswahl. Ob Stephan wieder Kandidaten wird, darüber wurde nichts gesagt. —

**Vorwirkungen der Zollrückstellungen.** Der nationalliberale Agrarier H. Geyl kauft nach der „Deutschen Tageszeitung“ wieder Landwirtschaftliche Reden in der Lanpertheimer Zabatzgegend zu. Diese Beobachtung haben wir, so schreibt das Blatt, bisher bei jeder Getreidezoll-Erhöhung gemacht. Ähnlich wird bekannt gegeben, daß Reichher Hentz zu Herrnhain seine beiden Familien-Zirkelkommis-Güterhändler und Herrnhain abermals durch Einverleibung von Grundstücken in den Gemarkungen Guntersblum, Guntershausen, Herrnhain, Lorch, Lanpertheim, Seehof, Herrnhain, Herrstein, Guntersheim und Pleddersheim vergrößert hat.

Solchen „Rufen“ haben die kleinen Bauern von den erhöhten Zöllen; sie verschwinden im Rahmen der Großen. Der Fall beweist aber auch, daß die Jöllner im Reichstago einfach ihre niedrigsten Geschäftsinteressen vertreten. —

**Der nationalliberale Zucker- und Salz-Seltige Paasche** wird, wie uns aus der Pfalz geschrieben wird, in Neustadt a. d. G. in einer im Anschluß an den am 18. Januar stattfindenden nationalliberalen Parteitag der Pfalz stattfindenden Versammlung über den Zolltarif referieren.

Gleichwohl im Reich ist dieser Parteitag auch der erste seit fünf Jahren wieder. Die Nationalliberalen halten es aus ohne Parteitage und berufen sie nur in Zeiten höchster Not ein. Herr Paasche fällt die Aufgabe zu, den nationalliberalen Unfahl als dringendes Gebot der Notwendigkeit hinzustellen. Möglicherweise wird auf diesem Parteitage auch die Frage erörtern werden, wie die Arbeiter den Klauen der sozialdemokratischen Bestie entzissen werden können. In Kaiserslautern, dessen Nationalliberale den Ueberjöllner Köfide in den Reichstagsentscheidungen, ist man völlig daran, eine „liberale Arbeitervereinigung“ zu gründen, mit der man den Kampf mit dem Drachen aufzunehmen gedenkt. Bereits haben sich zu diesem Zwecke 25 Mann in die liberalen Arbeitervereins-Listen einzeichnen lassen. Als Zeichen von Stärke der liberalen Sache darf es auch erwähnt werden, daß die Nationalliberalen in Kaiserslautern beschloffen haben sollen, für den Fall, daß die Landbändler ihren Häuptling Köfide als Reichstags-Mandatar anstellen, sofort mit den Demokraten gemeinsame Sache zu machen. Drift das zu, so wäre der Beweis zur Genüge erbracht, daß die Liberalen es aufgeben, aus eigener Kraft etwas zu erringen, und sich in ihrer Rolle als Hörige recht wohl fühlen. —

**Rindvieh keine Beleidigung.** Ein Arbeiter hatte beim Austritt aus dem Geschäft mit einem Unternehmer eine Auseinandersetzung, wobei der Fabrikant wiederholt äußerte: „D, Sie Rindvieh!“ Vor dem Angoburger Schöffengericht bestritt er, daß er den Arbeiter mit diesen Worten beleidigt hätte; das Urteil lautete auf Freisprechung und Ueberbürdung der Gesamtkosten auf den beleidigten Arbeiter. In der Urteilsbegründung hieß es, daß die Absicht, zu beleidigen, nicht vorhanden gewesen sei und das Bewußtsein, daß „Sie Rindvieh“ eine Beleidigung ist, nicht nachgewiesen zu werden brauche, da der Fabrikant in Wahrung berechtigter Interessen (!) gehandelt habe.

Ein Arbeiter darf also Rindvieh tituliert werden, ob auch — titulieren? —

**Soldatensadressen-Kassenjammer.** Der „Reichsbote“ bemerkt zu der Protestversammlung der Stettiner „Kassan“-Arbeiter:

„Wenn die Sache sich wirklich so verhält, so muß man sagen, daß die Herren vom „Kassan“ dem Kaiser sowohl als der Sache der Ordnung und des Staates einen schlechten Dienst geleistet haben, als sie die Arbeiter für ein Ergebenheits-Telegramm an den Kaiser preßten, das nicht der Bestimmung entsprach, so daß also der Kaiser getäuscht wurde. Jetzt weichen nun die Arbeiter die Täuschung des Kaisers von sich, und sie bleiben also auf den Herren vom „Kassan“ sitzen. Der Kaiser wird daraus erfahren, daß er gegen Kundgebungen, die von dieser Seite kommen, sehr vorsichtig sein muß. Ist es schon an sich verwerflich, den abhängigen und um seine Wohlthätigkeit besorgten Arbeiter zu Erlässungen zu preßten, die seiner Bestimmung widerstreben, also unpassend und für Täuschungen berechnet sind, so ist ein solches Vorgehen auch sehr unflug, weil es die Arbeiter gegen die Arbeitgeber verbittert, wenn sie so zur Unwahrscheinlichkeit genötigt werden, und weil die bösen Nachschläge nicht ausbleiben, welche dann auf die Urheber jener Pression zurückfallen. Was erst aussieht wie ein Erfolg gegen die Sozialdemokratie, wird dann zu einer sehr bösen Niederlage und einem Triumph für die Letztere. Es ist viel Wahres daran, daß die Sozialdemokratie von den Fehlern ihrer Gegner lebt.“ —

**Wegen Majestäts-Beleidigung** wurde in Kreuzburg D.-S. ein Kaplan zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt. —

**Heidenbekehrer unter sich.**

In der „National-Ztg.“ lesen wir: Im Jahre 1890 ist in Shanghai in chinesischer Sprache von einem Jesuiten-pater eine Schrift veröffentlicht worden, die den Titel führt „Fragen und Antworten über die wahre Religion“ und die mit dem Imprimatur des Bischofs von Kiangnan versehen ist. Ihr Zweck ist, die Chinesen über das Wesen und den Wert der letzteren, d. h. nicht-katholischen christlichen Lehren aufzuklären. Ein Uebersetzungs-Auszug in englischer Sprache ist in der Juni-Nummer des „Chinese Recorder“ von 1902 erschienen. Dem Werke sind folgende charakteristische Stellen entnommen.

Frage: Wer hat den Protestantismus gegündet?  
Antwort: Luther. Er war der Sohn eines deutschen Vergarmans und 1483 geboren. . . . Er verführte junge Mädchen, indem er sie hinwegludte. Der Ruf von seinen un-sittlichen Ausschweifungen, die so gemein waren, daß wir hier nicht einmal davon sprechen können, war ein allgemeiner. Luther starb im Jahre 1546; man sagt, daß er sich erhängte. . . . Kann irgend jemand danach glauben, daß Gott einen solchen Mann damit beauftragte, eine Religion zu gründen?

Frage: Ist der Protestantismus heilig?  
Antwort: Jeder Europäer weiß, daß der Protestantismus von vier Männern gegündet wurde, nämlich von Luther, Calvin, Zwingli und Heinrich VIII. von England. Nur hört etwas von der Geschichte dieses Vierbundes, dann werdet Ihr wissen, ob der Protestantismus heilig ist oder nicht. Ich habe bereits etwas von Luthers Thaten erzählt, aber das braucht mich nicht zu hindern, noch mehr zu berichten. Er war ursprünglich ein Mönch in der kato-

lischen Kirche, kam dann aber ganz heuer. Er war sehr durchtrieben. Er verführte eine katholische Nonne und machte sie zu seiner Frau. Von da ab wurde er der vollendete und schamloseste Lügner. Sein Ruf war ein solcher, daß es in Europa noch jetzt üblich ist, von einem Menschen, der Völlerei treibt, zu sagen: „Er lebt nach Luthers Art“. Luther selbst schrieb einen Gegenstand, der mit den Worten endete: „Freien und Saufen bleibt das Beste.“ Am urteil selbst, ob diese Art Mensch heilig genug ist, um eine Religion zu gründen. Zwingli gehörte ebenfalls dem katholischen Mlerus an. Nachdem er den Glauben abgelegt hatte, wurde er der gemeinste Lump. . . . Calvin gehörte nicht zum Mlerus. Sein Leben war schandbar im höchsten Maße. Er war geil wie ein Vieh und wurde deshalb von den Beamten mit einem rotglühenden Eisen an der Schulter gebrannt. . . . Nach dem Leben dieser Männer kommt Ihr beurtheilen, ob der Protestantismus heilig ist oder nicht.“

Nach derartigen eigenem Ergüssen frommer Heidenbekehrer, die durch das herrlich-annehmende Auftreten höchster Lichter der christlichen Mission und durch die schamlosen Fälschungen der Missionäre, die Wohlthätigkeit schändert, wirksam ergänzt werden, kann man sich nicht wundern, daß die Chinesen den Völkerverführer dieser sonderbaren Heiligen mit Haß und Verachtung bezeugen und es lediglich Verbrechergewindel ist, das sich taufen läßt, um sich durch das Patronat der Missionäre der heimlichen Justiz zu entziehen. —

## Ausland.

### Zur Rede Millierands.

Zur Rede Millierands am Anfange Dezember sendet uns der französische Genosse von der Parti Socialiste Français (sogenannte Zauröfisten) die folgende Mitteilung in Erwiderung auf den Artikel des Genossen Strichgewehr in Nr. 103 des letzten Quartals. Derselbe schreibt:

Es erscheint mir unnötig, die von mir in der Nr. 103 des „Vorwärts“ gegebene Darstellung gegenüber den Angriffen Strichgewehrs nochmals zu vertheidigen. Ich möchte die deutschen Genossen, die in der Lage sind, diese französischen Partei-Angelegenheiten näher zu verfolgen, lediglich auf den ausführlichen Bericht der Rede Millierands verweisen, wie er im „Reveil du Nord“ („Wachruf des Nordens“) in Lille abgedruckt worden ist. Dieser Bericht ist von Millierand selbst als authentisch erklärt worden; Millierand schrieb an den Verfasser dieser Zeilen, daß er von seinen dortigen Anmerkungen „kein Wort zurück-zulegen noch hinzuzufügen habe“, und ich bin überzeugt, daß der vorurteillose Leser der Millierandigen Rede meine Darstellung und Auffassung derselben als die allein objektive anerkennen wird.

Ich will lediglich auf einen, allerdings den gerade für die deutsche Sozialdemokratie erheblichsten Streitpunkt nochmals zurückkommen, das ist die Nebanchefrage. Und ich bin hier in der Lage, das Wort dem durch Strichgewehr Angegriffenen selbst zu überlassen. Auf meine Anfrage schrieb mir dieser Tage Millierand in Bezug auf seine Stellung zur elsaß-lothringischen Frage diese Sätze:

„Es ist in dem Artikel des Pariser Korrespondenten des „Vorwärts“ eine wichtige Stelle, nämlich, daß zwischen Zaurös und mir eine Ruance über die elsaß-lothringische Frage vorhanden ist. Er empfiehlt — ich fasse seine Auffassung kurz zusammen, auf die Gefahr, vielleicht zu übertrieben, — die Lösung durch die Vergessenheit. Ich bin überzeugt, daß wir nicht die Möglichkeit haben zu vergessen, und daß wir die Pflicht haben, nicht zu vergessen. Aber ich bin, wie Zaurös, der Lösung durch den Krieg ganz und gar entgegen-gesetzt. Ich füge hinzu, daß die deutschen Sozialdemokraten, welche noch heutzutage — ich zweifle nicht daran — die Gefühle teilen, die Rebel und Liebkecht im Jahre 1870, so heldenmüthig zum Ausdruck brachten, gerade die ersten sein müssen, welche wie ich denken, daß die elsaß-lothringische Frage nur beendet werden soll durch eine Lösung, die dem Recht entspricht und der Freiheit, welche wir für die Völker fordern, über sich selbst zu bestimmen.“

Die Leser des „Vorwärts“ können hieraus erkennen, daß die von Millierand angegebene Ruance keineswegs den vollständigen Gegenfall bestätigt, welchen die französischen bürgerlichen Zeitungen zwischen unsren beiden Vorläufern zu konstruieren versuchten. Die deutschen Sozialisten werden aus der obigen Erklärung erfahren, daß Millierand ebenso wie die gesamte P. S. F. weit entfernt ist von irgend welchen Nebanchegebanen. Es wäre auch ungedreht, wie er sonst in derselben Partei und Schulter an Schulter mit einem Zaurös kämpfen könnte, dessen großer und wirkungsvoller Fehlzug für die Herbeiführung des friedlichen Internationalismus durch das Proletariat aller Länder gegen die Nebanche-„Patrioten“ vom Jahre 1902 noch in aller Gedächtnis ist. —

### Oestreich-Ungarn.

**Die zweijährige Dienstzeit in Erwägung.** Die „Neue Freie Presse“ meldet, die Kriegsverwaltung beschäftigt sich mit Studien über die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht, ohne daß jedoch bisher eine principielle Entscheidung darüber getroffen worden sei. —

### Frankreich.

**Der Marineminister Pelléan** hat an die Seebehörden ein Rund-schreiben gerichtet, in welchem er mittelst, er habe beschloffen, bei allen Arsenalen und Werftstätten außerhalb der Häfen den „Tugendtag“ einzuführen, da sich ein an mehreren Stellen gemachter und hiermit be-währt habe. —

### Rußland.

#### Zum Kofower Streit.

Die zarische Regierung hat durch die grausame Niederwerfung der Streiks in Kofow und Tichorezk von neuem den russischen Arbeitern klar gezeigt, daß sie auf die Regierung nicht hoffen dürfen. Besonders in den letzten Tagen der Bewegung, als die geschlossenen Massen abzubrüdeln begannen, ließ die Polizei ihre ganze Wut über den Streik an den Arbeitern aus. „Die letzten fünf, sechs Tage,“ schreibt einer der führenden Teilnehmer des Streiks in Kofow, der jetzt nach dem Ausland geflüchtet ist, an die „Zetra“, war es schwer, von dem „Kriegesfelde“ Nachrichten zu erhalten. Die Polizei war außer sich. Eine Masse Militär erschien. Einige Fabriken bewährten die Forderungen der Arbeiter und die Arbeiter begannen zu arbeiten; Streikende gab es noch etwa 8000. Trotz aller Vermählungen gelang es jedoch nicht mehr, gemeinsame Versammlungen einzuberufen. Die Stadt hatte das Aussehen, als ob sie von Widern besetzt worden wäre. . . . Am 7. Dezember wurde es bekannt, daß die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Eine der letzten Nachrichten lautet: Viele Arbeiter werden erbarmungslos aus der Stadt vertrieben. Familienväter werden ihren Familien entzissen, in die Eisenbahnwagen gesteckt und hunderte von Werst entfernt verschickt. Dieses Schicksal hat schon nicht weniger als 300 Mann getroffen. Man erwartet in Kofow die Ankunft des Wilnaer Knutenhelden v. Wahi (der jetzt Chef der Gendarmen ist), mit ihm kommen gewiß neue Verhaftungen und Verschickungen. In den Wohnungen der Schüler der russischen Schulen laufen die Direktoren und Inspektoren herum und nehmen Haus-suchungen vor, da viele Schüler rege Theilnahme an dem Streik gezeigt hatten.

Ueber den Streik in Tichorezk, der durch die Bewegung in Kofow ins Rollen kam, wird folgendes bekannt: Es erschienen

die Kofalen mit dem Ataman und den Arbeitern wurde befohlen, an die Arbeit zu gehen. Als diese aber auf die Erfüllung der Forderungen bestanden, befohl der Ataman, die Menge auseinander zu treiben. Die Arbeiter setzten sich hin und nahmen die Mägen ab. Die Kofalen ritten aber mit blankem Säbel und Knute in die wehrlose Menge. Die Arbeiter versuchten sich nun zu schämen, was aber wenig half. Am Ort der Schlägerei blieben eine Masse abgehauener Köpfe und ein Haufen von Verwundeten. Auf die fliehende Menge gab man noch hinterher scharfe Schüsse ab. Fünf Personen wurden dabei getödet, 17 schwer ver-wundet. Ein Arbeiter trug zwei Eimer Wasser, ein Kofal gestie und der Mann war tot; aus dem Hause lief seine Frau heraus, auch diese traf dasselbe Schicksal. Hierauf begann das Plündern. Der Ataman be-fahl, die Arbeiterkaserne zu räumen; die Kofalen warfen die Sachen der Arbeiter auf die Straße, erbrachen die Asten und stahlen nach Herzenslust. „Ihr habt vor kurzem Lohn bekommen, gebt das Geld her!“ schrien die Räuber. Einer Frau, die ihr Hab und Gut hatte verteidigen wollen, wurde der Leib aufgeschlitzt. . . . Die Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt. . . . In einem Zimmer fand man ein Kind mit einem Dolche an die Brustseite aufgeschlitzt.

Aus den Einzelheiten über den Streik in Kofow wird noch bekannt, daß in einer der ersten Versammlungen beschloffen worden ist, während des Streiks keine alkoholischen Getränke zu gebrauchen, was von den Arbeitern sehr streng eingehalten worden sei.

In Gommeln, unweit der preussischen Grenze, wurde der Sozial-Anarchist ermordet aufgefunden. —

Der frühere Oberst der Gendarmen in Liban, Wonsjagki, der die Frau Kugel verhaftete und auch sonst eine Unzahl Opfer auf seinem Gewissen hat, ist dieser Tage gestorben.

### Afrika.

**Maroko.** Eine militärische Specialkommission Frankreichs ist von Tanger nach Fez abgeordnet worden. Die französische beim Hof des Sultans attachierte Militärkommission ging am Dienstag nach Fez ab zur Erkundung der mit der Installation der marokkanischen Artillerie betrauten Kommission. Sie wird von dem ersten Sekretär der französischen Gesandtschaft begleitet, der zwar private Interessen vorzuzieht, thatsächlich aber eine besondere Mission seiner Regierung erfüllen dürfte. —

Die Lage des Sultans soll sich weiter gebessert haben. In Fez sind vier-tausend instantreue Reiter eingetroffen, welche an dem bevorstehenden Sühnefeldzuge gegen Du Hamara teilnehmen sollen. Dieser sammelt seine Streitkräfte bei Tazza; in seinem Lager herrscht angeblich Hungernot. —

**Chamberlain über die Eskapansprüche und die Heranziehung zu den Kriegskosten.** In einer am Mittwoch in Pretoria gehaltenen Rede erklärte Chamberlain, alle Eskapansprüche sollten gewissenhaft geprüft werden, dieselben könnten aber infolge ihrer großen Zahl nicht im Ru erledigt werden. Das Reich habe 2 Millionen gezahlt, und es sei bereit mehr zu geben, sobald die Prüfung der Ansprüche beendet sei. Diejenigen, welche dem Reich gebieten hätten, würden nicht vergessen werden. Er würde die Angelegenheit der Heranziehung Transvaals zur Zahlung der Kriegskosten mit Vertretern aller Stände erörtern, einschließlich der Kapitalisten, die ohne Zweifel dazu beitragen würden. Die Regierung beabsichtige nicht, irgend etwas zu thun, was die Steuerlast unzumehmlich erhöhe und einer schnelleren und vernünftigen Entscheidung hinderlich sei. Es würde von Transvaal nichts verlangt werden, was es nicht willig geben würde, wenn es eine Kolonie mit Selbstverwaltung wäre. Er würde an dem Imperialismus in Südafrika verzweifeln, wenn er denken sollte, daß die Kolonie zulassen würde, daß jedermann in dem bereinigten Königreiche eine besondere Steuer-last trage, während die Kolonie daraus den Nutzen ziehe. —

### Amerika.

**Gegen die Truffs.** Präsident Roosevelt konferierte am Mittwoch mit dem Sprecher Henderson und dem Mitgliede des Repräsentanten-hauses Gubernon über die gegen die Truffs geplante Gesetzgebung. Es verlautet, der Präsident habe ihnen seinen Wunsch dargelegt, daß in der gegenwärtigen Tagung des Parlaments eine Gesetzgebung eingebracht werde, die sich mit dieser Frage befaße.

Im Senat hat Hoar ein Gesetz gegen die Truffs eingebracht. Das Gesetz bezweckt eine Beschränkung des Verschleißes bei den unter dem bestehenden Anti-Truffgesetz anhängig gemachten Klagen. Littlefield hat im Repräsentantenhause ein ähnliches Gesetz eingebracht.

Viel wird bei der Antitrust-Campagne, von der so viel Wesens gemacht wird, Schwerlich herauskommen.

Der Ausschuss des Senats für auswärtige Angelegenheiten hat den günstig lautenden Bericht über den allgemeinen internationalen Schiedsgerichts-Vertrag genehmigt, welcher auf dem jüngsten pan-amerikanischen Kongress in Mexiko als wünschenswert bezeichnet wurde. Dieser Vertrag entspricht völlig dem Haager Schiedsgerichtsvertrag, bezieht sich aber nur auf die westliche Halbkugel. —

## Venezuela.

### Die Suspension des deutschen Vorkassiers.

Eine in höchsten Maße befremdende Meldung kommt aus Washington. Sie lautet:

Washington, 8. Januar. Der deutsche Vorkassier v. Holleben, der an einer schweren Influenza erkrankt war, hat einen längeren Urlaub nachgeholt.

Es ist mehr als eigentümlich, daß der deutsche Gesandte in Washington gerade in einem Augenblick durch den venezolanischen Konflikt in einem Maße in Anspruch genommen wäre, wie seit Jahren nicht. Laufen doch alle Fäden des diplomatischen Verkehrs mit Venezuela in Washington zusammen, ja man kann sagen, daß die Orelations-mächte nicht mit Venezuela, sondern mit Amerika verhandeln. Hielt nicht Amerika seine schützende Hand über Venezuela, so wäre es längst zu einem Kreuzzug nach chinesischem Muster gegen den süd-amerikanischen Staat gekommen. Castro selbst ist nur eine Marionette in der Hand des Herrn Roosevelt und seines venezolanischen Vorkassiers Bowen. Und trotzdem hat sich Herr v. Holleben gerade diesen kritischen, verantwortungsvollen Zeitpunkt ausgesucht, um an der nachgerade zur Diplomatentransaktion gewordenen Influenza zu erkranken und um einen längeren Urlaub nachzuholen, dem zweifellos die Ab-berufung folgen wird. Herr v. Holleben hat sich also augen-scheinlich in Washington unmöglich gemacht. Seine Position galt allerdings schon lange als erschlaffert. Doch er aber gerade zu einem solchen Zeitpunkt vom Schauplatz abtritt, läßt auf mehr schließen, als auf eine neue per sönliche Ungeschicklichkeit. In einem solchen Falle hätte man ihm doch wohl die übliche Schonungszeit gewährt; es scheint also ein i ch w e r e r Konflikt vorzuliegen, für den man in der Person des unglücklichen Vorkassiers ein Sühneopfer bringen zu müssen geglaubt hat. Die deutschen Diplomaten, die ja schon zu Bismarcks Zeiten einflussreichen mußten wie Unteroffiziere, sind vollends unter dem neuen Kurs zu Gliederpuppen geworden, die an der von Berlin aus gezogenen Strippe mechanisch tanzen müssen. Die Ausfaltung Hollens läßt also darauf schließen, daß in den Beziehungen zwischen Washington und Berlin etwas in Unordnung geraten ist trotz der famosen Prinzenreise, der Denkmalserrichtung und der neuerlichen Reueierung der freundschaftlichsten Beziehungen durch Wilhelm II. So der Hof in Pfeffer legt, läßt sich allerdings nicht genau sagen, umsoweniger, als der ganze völkerverwundliche Kreuzzug gegen Venezuela der Reibungspunkte mit Amerika mehr als genug enthält. Eine Andeutung macht „Der Tag“, der schreibt:

„Es verliert sich von selbst, daß diese Nachricht unter den gegen-wärtigen politischen Verhältnissen weniger harmlos aufzufassen ist, als sie aussieht. Herr v. Holleben ist erst vor-



wenigen Monaten von einer längeren Urlaubreise aus Europa auf seinen Posten nach Washington zurückgekehrt, und von einer ernstlichen Erkrankung war bis jetzt nichts bekannt geworden. Unter diesen Umständen drängt sich die Vermutung auf, daß die plötzliche erfolgte Verückelung nur der Vorläufer seiner definitiven Abberufung sei, und wir haben Grund zu der Annahme, daß diese Vermutung das Richtige treffen dürfte. Denn wie wir hinzufügen können, ist der frühere erste Vorkämpfer für die Washingtoner Freiheit Sped von Sternburg für die Zeit der Verückelung v. Holleben vorkünftig zu dessen Vertreter in Washington ernannt worden. Diese Thatsache läßt darauf schließen, daß Herr v. Holleben nicht wieder auf seinen Posten nach Washington zurückkehren wird. Wie es scheint, haben verschiedene Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere die Ablehnung des Schiedsrichter-Amtes in der venezolanischen Frage durch Präsident Roosevelt, die Stellung des Vorkämpfers erschüttert.

Mit dieser Andeutung läßt sich nicht viel anfangen. Denn an der Ablehnung Roosevelts, die Bürgerhaft für Castro Schulden zu übernehmen, ist Holleben jedenfalls recht unschuldig. Vielmehr beabsichtigt diese Andeutung ja auch nur, von der wirklichen Spur abzulenken.

Am besten thut man, wenn man sich mit der Feststellung begnügt, daß der Venezuela-Gretzling zu einer ernstlichen Bestimmung zwischen Deutschland und Amerika geführt zu haben scheint und alles weitere gelassen abwartet.

#### Zum Schiedsgerichtsvorschlag.

Die Antwort Italiens auf die Vorschläge Castros ist in Washington eingegangen; dem Vernehmen nach ist sie nach denselben Gesichtspunkten abgefaßt wie die Antworten Deutschlands und Englands und wird wie letztere dem amerikanischen Gesandten Bowen zur Uebersmittlung an Castro übergeben werden.

Castro empfing am Mittwoch den amerikanischen Gesandten Bowen, welcher die Antwort der Mächte auf die Gegenwärtigen Venezuela-Überbrachte. Der Aushändiger wurde sofort einberufen. Man erwartet, daß die Antwort auf die Mitteilung der Mächte baldigt der Regierung der Vereinigten Staaten übermitteln werden wird.

Das „Mentische Bureau“ meldet aus Caracas vom 7. d. M. aus bester Quelle, daß die Antwort der verbündeten Mächte in Regierungskreisen große Niedergeschlagenheit hervorgerufen habe. Es wird ferner aus guter Quelle mitgeteilt, daß der amerikanische Gesandte Bowen die Antwort Venezuelas nicht vor Freitag erwarde.

#### Eine Proklamation des Insurgentenchefs Rados.

Der „New York Herald“ veröffentlicht eine Depesche des venezolanischen Insurgentenchefs Generals Rados, in der es heißt: Das Unglück Venezuelas muß Castro zugeschrieben werden, der ein Mann ohne Moral und ohne Verwaltungsfähigkeit, mit einem Worte, ein wahrer Wilder ist. Er hat alle, die er für seine Gegner hielt, unanfechtlich verfolgt, Soldaten, Kaufleute und Bauern in ungesunde Gefängnisse geworfen und in Ketten legen lassen. Zwei Jahre hindurch wurden den Arbeitern die Häuser, den Schiffen die Boote verbrannt; Städte, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie von revolutionären Truppen besetzt worden waren, wurden gebrandschatzt und bombardiert. Die willkürlichen Maßnahmen, die Castro gegen die Fremden traf, haben die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte veranlaßt. Sobald Castro gefürzt ist, wird Venezuela seine Ruhe und seinen Kredit wiederfinden.

Einstweilen scheint es die venezolanische Finanz noch mit Castro zu halten. Nach einer Meldung aus Caracas sind die dortigen Banken übereingekommen, der Regierung tägliche Vorschüsse zur Bezahlung der Truppen zu machen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Januar, nachmittags 5 Uhr.

In der heutigen ersten Sitzung des neuen Jahres hat nach den Vorschriften der Städte-Ordnung die Rekonstitutionierung der Versammlung für das Geschäftsjahr 1903 zu erfolgen.

Der bisherige Vorsteher Stadtv. Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit einem freundlichen Neujahrsgruß an die Kollegen und giebt dann dem Gefühl tiefer Enttäuschung über die rohen Excesse Ausdruck, denen eine Reihe öffentlicher Denkmäler jüngst zum Opfer gefallen sind, sowie der Hoffnung, daß die Hebelthäter doch noch ermittelt werden mögen.

Darauf giebt der Vorkämpfer den Vorsitz an den Stellvertreter Michels ab und die Versammlung schreitet zu ihrer Rekonstitutionierung. In Stimmgählern werden die Stadtv. Hii, Kamlow und Hlitz erannt.

Stadtv. Kreitzing (N. L.) beantragt, den bewährten langjährigen bisherigen Vorsitzenden durch Acclamation wiedergewählen. (Allgemeine Zustimmung.)

Stadtv. Langerhans wird einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt und erklärt dankend die Annahme der Wahl. Dann fährt er fort: Glauben Sie nicht, daß ich dabei mit einem gewissen Leichtsinne verahre; ich weiß, ich bin alt, und ich weiß, daß in solchen Jahren die Altersschwäche oft recht schnell eintritt. (Widerpruch.) Ich habe mit einem großen Teil der Kollegen mich besprochen, und die meinten, es wäre richtig, wenn ich annehme. Die Wahl von einer Versammlung freidenkender, selbständiger Männer ist für mich eine große Ehre. Deshalb danke ich Ihnen für Ihr Vertrauen. (Sehr lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag des Stadtv. Kreitzing wird auch der Stellvertreter Stadtv. Michels durch Jufus wiedergewählt und erklärt mit dem Ausdruck seines Dankes für diesen erneuten Vertrauensbeweis die Wiederwahl anzunehmen.

Die bisherigen drei Beisitzer Fried, Gerde und Friederici schlägt Stadtv. Kreitzing gleichfalls zur Wiederwahl vor.

Stadtv. Singer bringt den Stadtv. Vorkämpfer als einen der Beisitzer in Vorschlag.

Es muß sonach zur Fettelwahl geschritten werden. Während derselben nimmt der Senior der Versammlung Stadtv. Sanitätsrat Dr. Neumann das Wort, um namens der Versammlung dem Vorkämpfer Dr. Langerhans und dem Bureau für die treue Arbeit im abgelaufenen Jahre den Dank auszusprechen und für das kommende Jahr ein Glückwunsch zu wünschen. Redner gedenkt dabei auch des herben Verlustes, welchen die Versammlung im abgelaufenen Jahre durch das Hinscheiden Virchow's erlitten hat.

Die Beisitzerwahl ergibt folgendes Resultat: Gerde 99, Fried 94, Friederici 72, Vorkämpfer 26 Stimmen. Die drei Erstgenannten sind gewählt.

Als Beisitzer-Stellvertreter fungierten bisher die Stadtv. Hlitz, Liebenow und Lörner. Stadtv. Singer schlägt auch hier den Kollegen Vorkämpfer vor. Die bisherigen Stellvertreter werden wiedergewählt; es erhalten Lörner 79, Liebenow 76, Hlitz 74 Stimmen. Auf Vorkämpfer fallen 32 Stimmen, 3 zerplitterten.

Die ordentlichen Sitzungen der Versammlung sollen auch im Jahre 1903 an den Donnerstagen von 5 Uhr nachmittags ab stattfinden.

#### Reform in der Leitung des städtischen Schulwesens.

Der zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulrats eingesezte Ausschuss hat am 22. Dezember 1902 folgenden Antrag an die Versammlung einstimmig angenommen:

Der zur Vorbereitung für die Wahl eines Stadtschulrats eingesezte Ausschuss erhält zugleich den Auftrag, in die Prüfung einer anderweitigen Regelung der Leitung des gesamten städtischen Schulwesens einzutreten und der Versammlung neben der Verleserstattung über die Bezeichnung der zur Zeit freien Stadtschulrats-Stelle auch hierüber entsprechende Vorschläge zu machen. Als Referent des Ausschusses sät Stadtv. Singer aus: Schon

bei der Vorbereitung der Erziehung für die Schulräte Vertrom und Hirschmann wurde die Frage ventilirt, ob nicht eine andere Organisation der städtischen Schulverwaltung angemessener sei, da namentlich die Leitung des Fortbildungs- und Fachschulwesens nicht wohl mehr im Nebenamt wahrgenommen werden könne. Inzwischen ist die Verammlung die Forderung der obligatorischen Fortbildungsschule erhoben, eine Forderung, welche hoffentlich nicht an dem Widerstande des Magistrats scheitern wird. Da wird es um so notwendiger, diesen Zweig der Unterrichtsverwaltung selbständiger zu machen. Die soziale Frage wurde damals indessen nicht weiter verfolgt, weil zunächst die offenen Stellen besetzt werden sollten. Diese Regelung löste gewisse Bestimmten die Furcht ein, daß man auf diesem Wege nach der organisatorischen Seite nicht eben rasch vorwärts kommen würde, und diese Bestimmten haben leider recht behalten; man hat nicht erfahren, daß in den letzten beiden Jahren die Frage im Magistrat näher erörtert worden wäre. So hat denn der Ausschuss diese Frage wieder aufgeworfen; er kann aber nicht einseitig seine Kompetenzen erweitern, denn er soll nur die Erziehung für den leiblichen Vorkämpfer Schulrat Vorkämpfer vorbereiten. Da aber der gesamte Ausschuss von der Wichtigkeit jener Frage durchdrungen ist, glaubt er im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn er sich auch für diese Frage von der Versammlung kompetent erklären läßt. Die Frage des Wie der Organisationsänderung ist selbstverständlich noch völlig offen geblieben; es wurden verschiedene Vorschläge in dieser Hinsicht laut. Der Ausschuss will nicht etwa die Wahl selbst ad calendas graecas vertragen; für alle Fälle wird er Kandidaten vorschlagen, wenn die Einigung mit dem Magistrat über die Organisationsfrage nicht sobald zu erreichen wäre, aber es würde dann diese Organisationsfrage wenigstens in Fluß gebracht werden sein. Mit der Annahme des Ausschusses erklärt die Versammlung nur ihr Einverständnis mit dem Ausschuss dahin, daß unter Fach- und Fortbildungs-Unterrichtswesen von so eminenter Bedeutung ist und immer bedeutender wird, daß an der leitenden Stelle dieses Zweiges ein Mann stehen muß, der den Anforderungen dieses so wichtigen Unterrichtszweiges nach jeder Richtung völlig gewachsen ist.

Stadtv. Gaffel (N. L.): Wir stimmen für den Ausschussantrag. Das Fach- und Fortbildungsschulwesen bedarf einer gedeihlichen Fortentwicklung und diese ist durch die jetzige Organisation nicht gesichert. Ein früheres Magistratsmitglied hat die Errichtung einer mittleren technischen Schule in Berlin für eine unbedingte Notwendigkeit erklärt. Wenn es das Bedürfnis erfordert, sind wir auch für die Schaffung einer neuen Schulratsstelle. Wir wünschen aber im allgemeinen nicht, daß durch eine Veränderung der Aufgaben des Ausschusses die Grundlagen verschoben werden, welche bei der Wahl des Ausschusses abgemalt haben. Es würden sonst andre Mitglieder in den Ausschuss gewählt sein. Ein weiteres Bedenken liegt für die überwiegende Mehrheit meiner Freunde darin, daß der Gedanke bestehen soll, daß ein Schulrat für das Fach- und Fortbildungsschulwesen und nur einer für das Volks- und höhere Schulwesen zusammen genommen fungieren soll. Einen solchen Zustand halten wir für undenkbar und für die Hauptstadt des Deutschen Reiches unhaltbar. Darunter müssen leiden das höhere und das Volksschulwesen. Herrn Gerstenberg sind wir für seine treue Arbeit in der Wahrnehmung beider Funktionen, wie sie jetzt nötig geworden ist, sehr dankbar, aber auf die Dauer würde eine solche Einrichtung auch nur zu rasch seine Kraft aufreiben. Trotz dieser Bedenken stimmen wir aber sämtlich für den Ausschussantrag.

Derselbe wird dann einstimmig angenommen. Hierauf erfolgt die feierliche Einführung der neuen unbesoldeten Stadträte Jacoby und Kalle durch den Oberbürgermeister Kirschner. Auch der Vorkämpfer Dr. Langerhans richtet an die neuen Magistratsmitglieder freundliche Begrüßungsworte.

In die städtische Parl.-Deputation sind zwei Bürgerdeputierte zu wählen.

Es werden gewählt Königl. Bauat Kahser, Hildebrandstr. 25, und Prof. Liebermann, Pariserplatz 7, mit 77 bezw. 100 Stimmen. Dr. Kron erhielt 35 Stimmen.

#### Schulbauten.

Der speziellen Entwurf zum Neubau der Gemeindegemeinschaftsschule Putzbuscherstraße 3/6 und den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindegemeinschaftsschule am Koppenplatz 12 hat der niedergesezte Ausschuss genehmigt; desgleichen den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindegemeinschaftsschule in der Straße 4 und 1a, Abteilung XIII des Bebauungsplanes (nahe der Greifswalderstraße), doch soll der Magistrat ersucht werden, bei dem speziellen Entwurf für diesen Neubau eine Veschalle und Volksbibliothek vorzusehen. Die Vorentwürfe betr. die Neubauten einer höheren Mädchenschule und einer Gemeindegemeinschaftsschule in der Kanstr. 22/23 haben ebenfalls die Genehmigung des Ausschusses gefunden, der indessen gleichzeitig vorschlägt, den Magistrat zu ersuchen, die Unterbringung der bisher in der 32. Gemeindegemeinschaftsschule, Kanstr. 26, befindlichen Volksbibliothek in dem Gemeindegemeinschaftsschule-Neubau in Aussicht zu nehmen, der Aua der höheren Mädchenschule aus ähnlichen Rücksichten möglichst eine breitere Form zu geben, und die Regulierung der neuen Straße 62B im Interesse dieser beiden neuen Schulen baldigt in die Wege zu leiten.

Stadtv. Brand (Soc.) bringt bei dieser Gelegenheit die Frage der Vergebung der Steinbildhauer-Arbeiten zur Sprache. Die Steinmeyer Berlins klagen seit Jahren über zunehmende Arbeitslosigkeit, trotzdem wird es bei den Unternehmern immer mehr Verand, diese Arbeiten in den Steinbrüchen Böhmens usw. selbst von den dortigen billigen Arbeitkräften herstellen zu lassen und die fertigen Arbeiten hierher zu bringen, so daß die hiesigen Steinbildhauer wenig Arbeit haben. Sie sind auch beim Magistrat deshalb vorstellig geworden, haben aber nichts erreicht. Ihr Wunsch geht nur dahin, daß nicht alle Arbeit schon in den Steinbrüchen hergestellt, sondern diese in dem Umfang, wie es möglich ist, auch in Berlin vergeben würde. Nachdem der Bauat in Aussicht eine nicht gänzlich ablehnende Antwort gegeben hat, wolle ich dem Wunsch der Steinmeyer auch an dieser Stelle Ausdruck geben.

Ohne weitere Debatte beschließt die Versammlung nach den Ausschussanträgen.

In den neuen

#### Bedingungen für die Gasentnahme

aus den städtischen Gaswerken ist auch der „Arbeiterausstand“ sowie jede Ursache, deren Verhinderung nicht „ohne weiteres“ in der Macht der Verwaltung liegt, als höhere Gewalt aufgeführt, welche die Ver-waltung von ihrer Verpflichtung entbindet.

Stadtv. Wurm (Soc.): Der neue Vorschlag der Gasdeputation stellt die Abnehmer als Bewohner Berlins ungünstiger als der frühere Vertrag. Die Verwaltung will sich gegen ihre Lieferungsverpflichtungen auch insofern schützen, als sie zu den Fällen der höheren Gewalt auch noch die Arbeiterausstände, die Streiks hinzusetzt. Das ist ein Novum, welches die Verwaltung früher absolut betämpfte, als es sich darum handelte, daß wir für Baumunternehmer, die mit der Stadt Geschäfte machen, die Streiklaufe aufnehmen sollten. Die Versammlung hat damals den richtigen Standpunkt eingenommen, daß ein Streik keine höhere Gewalt sei. Der Verband der Bauunternehmer hat sich an fast alle Behörden und Regierungen gewandt und überall abschlägige Antworten bekommen. Jetzt kommt hier Berlin als Arbeitgeber und will aller Verpflichtungen ledig sein, wenn in seiner Gasverwaltung ein Streik ausbricht. Bisher ist das entgegengelegte Prinzip ohne Schaden Jahrzehnte lang in Anwendung gewesen; belassen wir es dabei, so wirken wir auch auf die Gasverwaltung erzueherisch. Der Liberalismus will jetzt eine Bedingung verschlechtern, welche er selbst früher, wo er noch nicht mit dem Tropfen sozialpolitischem Delz gesalbt war, nicht für notwendig hielt. Es ist gänzlich überflüssig, auch nur den Anschein zu erwecken, als wolle man die städtischen Gaskonsumenten durch diese neue torso majore benachteiligen. Genau so steht es mit dem Worte „ohne weiteres“, die das Recht der Stadt als Lieferant einseitig vernehren. Dieses wenn sie nicht „ohne weiteres“ das Gas liefern kann, ist ein ganz vager Begriff; ein nobler Unternehmer soll sich solcher Vorbehalte nicht bedienen. Im Interesse des Konsumenten bitten wir Sie um Streichung dieser Worte.

Stadtv. Kamlow: Es wäre im höchsten Grade unvorsichtig, wenn wir auf diese Klausel verzichten wollten. Wir haben es mit 150 000 Konsumenten zu thun. Gelingt es uns nicht, einen Streik abzuwenden und bekommen wir diese Schadensersatzansprüche von 150 000 Konsumenten auf den Hals, so ist das für die Stadt eine große Gefahr. Ob wir jemals davon Gebrauch machen, ist eine andre Frage. Wir sind ja auch für die öffentliche Verlebung verantwortlich; im Interesse der Verlebung werden wir also schon ohne-hin alles thun, einen Streik zu vermeiden. Mühen wir doch den Betrieb einstellen, dann wollen wir nicht vor diese Wüste gestellt sein, in der es keine Lese giebt. Der frühere Vorgang der Verweigerung der Streiklaufe hat eine ganz andre Situation zur Voraussetzung. Damals wollten wir uns nicht in das Arbeitsverhältnis einmischen. Können wir keine anderen Unternehmer als solche, welche uns die Streiklaufe abfordern, dann mühen wir sie auch bewilligen. Es ist aber doch ein Unterschied, ob man Hammer oder Ambosch ist. (Hört! hört!) Nicht jeder Streik ist ein Lohnkampf, wir haben Streiks erlebt, welche mit der Lohnfrage gar nichts zu thun hatten. Ein Kampf ist es aber immer, und in solchen Kampf sollten wir doch unsere Waffen nicht wegwerfen. Daß es bisher gegangen ist, ist nicht ausschlaggebend; die Verhältnisse haben sich geändert, der Vogen ist immer straffer gespannt worden. Die Arbeiterausstände sind eingesezt worden, deren vornehmste Aufgabe ist es, Streiks zu verhüten; aber diese Waffe hier soll in Reserve gehalten werden. Die Streidung oder Verweigerung der Worte „ohne weiteres“ scheint mir persönlich unerheblich.

Stadtv. Kreitzing (N. L.): Der Antrag Augustin hat uns nicht vorgeleht. Wir müssen wohlwollend zu demselben Stellung nehmen. Ich sehe keinen Unterschied, ob Berlin Arbeitgeber oder ein anderer Unternehmer ist. Durch die Ausschussberatung, die wir beantragen, wird sich ein Weg finden, die Gegenseite anzugleichen.

Stadtv. Kasi (N. L.) beantragt die Verlesung des Gegenstandes, da ein großer Teil der Versammlung nicht länger anwesend bleiben könne.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.) spricht für Ausschussberatung, ebenso Stadtv. Gdard (N. L.).

Die Verlesung wird abgelehnt.

Stadtv. Wurm: Gegen einen Ausschuss haben wir nichts. Das Bild vom Ambosch und Hammer möchte ich aber zurückweisen; der Ambosch sind die städtischen Bürger, auf die die Verwaltung den Hammer niederlassen läßt. Bei dem monopolistischen Charakter der Gaswerke ist es doppelt unrecht, wenn die Stadt ihren Abnehmern so rigorose Bedingungen stellt.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Der Magistratsantrag betreffend die Abhaltung von Pferde-märkten auf dem Viehhofe gelangt ohne Debatte zur Annahme. Nach Erledigung einer großen Anzahl weiterer Vorlagen ohne allgemeineres Interesse schließt die öffentliche Sitzung um 8<sup>1/2</sup> Uhr. Die geheime Sitzung läßt die Versammlung ausfallen.

## Sociales.

### Für ultramontane Brotwunderer, Socialpolitiker und Küchenzettel-Fabrikanten.

Das in Eßlingen in Baden erscheinende Centrumblatt

„Radfahrer Landmann“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Wie soll sich eine Familie von 4 Köpfen durchbringen, wenn der Vater pro Stunde 18 Pf. und somit bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen Tagelohn von 2,16 M. verdient? Als Minimum braucht ich täglich:

Für Milch . . . . .	20 Pf.
„ „ „ „ „ „ „ „ „	12 „
„ Kaffee . . . . .	10 „
„ Brot . . . . .	30 „
„ Fleisch . . . . .	20 „
„ Suppe . . . . .	10 „
„ Gemüse . . . . .	10 „
„ Mehl . . . . .	10 „
„ Kartoffel . . . . .	30 „
„ Schmalz . . . . .	10 „
„ Salz, Gewürze, Licht, Holz	50 „
„ Sauermilch . . . . .	20 „
	2,37 M.

Das sind also die Ausgaben; sie sind genugsam häßlich bemessen. Mein Verdienst beträgt aber nur täglich . . . 2,16 M. mithin zu wenig täglich . . . 21 Pf.

Dabei ist aber kein Pfennig gerechnet für Kleider und Schuhe und, nicht zu vergessen, auch die Wohnungsmiete ist noch vollständig im Rückstand. Sie ist nicht mitgerechnet, beträgt aber monatlich mindestens 10 M., also täglich rund 30 Pf., ebenso fehlt noch der Betrag für die Schulbücher usw. meiner Kinder, wenn sie in die Schule kommen. Davor, daß einem Arbeiter, der Tag- und Nachtlohn hat, auch einmal ein Glas Bier gehört und daß er sich für seine geistige Erholung eine Zeitung kaufen sollte, will ich gar nicht reden und nur betonen, daß, abgesehen von den Feiertagen, die Woche nur 6 Verdienstage hat, während die Familie aber an 7 Tagen leben muß, so daß sich der Betrag von 2 M. 16 Pf. pro Tag auf 1 M. 85 Pf. ermäßigt. Keine Frau hat mit ihrer Haushaltung und den Kindern zu thun, sie kann nichts nebenbei verdienen, wenn nicht die Erziehung und Haushaltung gleichzeitig geschädigt werden sollen.

Man frage ich jeden rechtlich denkenden Menschen, Gelehrte und Beamte, Socialpolitiker und Fabrikanten hiermit ernstlich um Rat, wie ich meine Haushaltung einrichten muß, ohne meine Familie sämtlich hungern zu lassen und ohne Schulden zu machen, mit einem Tagelohn von 2,16 M. durchzukommen. Ich werde mit Dank ein solches Rezept acceptieren und bitte es mir durch Vermittelung der Redaktion des „Landmann“, bei der meine Adresse hinterlegt ist, zukommen lassen zu wollen.

Ich weiß mit 2,16 M. Tagelohn mit meiner Familie mit dem besten Willen nicht auszukommen, — ernüchterter Auffassung ist mir daher sehr willkommen, denn ich bin kein Umstürzler, ich möchte in der gegenwärtigen Gesellschaftsform weiterleben, aber 2,16 M. reichen dazu nicht aus, waren doch die 2,10 M., welche ich bisher verdiente, schon sehr knapp.

Als Neujahrsgruß wurde mir deunoch eine Lohnverminderung von 20 Pf. auf 18 Pf. pro Stunde oder um 24 Pf. pro Tag mitgeteilt; zwar habe ich den Trost, daß es noch ca. 150 Kollegen und Kolleginnen ähnlich ergangen ist, aber mit diesem Trost ist mir nicht geholfen, darum meine Anfrage um öffentliche Auskunft, wie das Amtshaus, mit 2,16 M. eine vierköpfige Familie redlich und anständig zu ernähren, fertig gebracht werden kann.

Das Centrum wird dem Mann Rat zu machen suchen, daß es ihm nichts ausmacht, wenn er nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs täglich noch einige Pfennige mehr auf sein bißchen Wahrung — im Budget ansehen muß; ausgehen kann er's doch nicht. Wer so wie so hungern muß, der kann auch ein wenig mehr hungern. Es wird ihn weiter an die geniale Witwenversicherung erinnern und ihm einige billige Kostrezepte verschaffen.

#### Zum Rechnerhau.

Der internationale Verein der Gasloshausbesitzer agitiert noch immer lebhaft gegen die Bundesrats-Vorarbeiten zum Schutze der Gaswirksamgestellten. Zum Zwecke der Bearbeitung des Bundesrats sowie der öffentlichen Meinung veranfaßt er eine Umfrage bei Gaswirten, durch die eine Anzahl bestimmter Fragen über die Wirkungen der Verordnung beantwortet werden sollen. Es wird natürlich erwartet und gewünscht, daß die Antworten der Verordnung möglichst ungünstig sein sollen. Da sie nun vorbereitet darauf aufmerksam gemacht, daß solche ungünstig







Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir erziehen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu lassen.

- Arbeitersekretariate befinden in:
Altenburg (S. M.), Interner Schloffe 1.
Altona, Große Bergstr. 204 I.
Berlin SO., Engel-Allee 15.
Breslau (D. S.), Schickhausstr. 6.
Breslau, Johannisstr. 22.
Breslau, Döbberstr. 26 I.
Breslau, Westergasse 18/19 I.
Cassel, Wilhelmstrasse 20 II.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
Frankfurt a. M., Am Schwinnbad 8/10.
Gera, Hofstr. 21 I.
Gelsenkirchen, Hochstr. 53.
Gotha, Erntestraße (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Geißstr. 21.
Hamburg, Gänsemarkt 35 II.
Hannover, Artilleriestr. 13.
Hamburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
Hersfeld, Karrenstr. 2.
Jena, Saalbahnhof.
Kiel, Gasstr. 24 parterre.
Köln a. Rh., Poststr. 50.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Mannheim, S. 3, 10.
Mühlheim a. Main, Biesenstr. 3.
München, Raabstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Karlstr. 13.
Nürnberg, Egidienplatz 22.
Posen, Breitenstr. 21.
Renscheid, Köhnerstr. 18.
Striegau, Zigarstraße.
Stuttgart, Erlingerstr. 17/19.
Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.
Waldenburg-Altmühl.
Wolfsgr., Kronwiesstr. 4, part. links.
Würzburg, Blumenstr. 12.

Berlin, den 7. Januar 1903.

Der Parteivorstand,
Strenzbergstr. 30.

Partei-Pressen. Die „Rheinische Zeitung“, unser in Köln erscheinendes Parteiblatt, hat im verflohenen Jahre einen Zuwachs von 1300 Abonnenten erlangt.

Ein Partei-Veteran, der Rechtsanwältin und Notar Puttrich in Leipzig, begeht sein 50jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar hat von 1879 bis 1885 den Jüdauener ländlichen Wahlkreis als Landtags-Abgeordneter vertreten, den er zum erstenmale eroberte. Schon damals machte sich sein Augenleiden bemerkbar und veranlaßte ihn, das Mandat an den Genossen Stolle abzutreten. Seitdem ist Genosse Puttrich nicht mehr hervorgetreten. Die Veranlassung dazu ist aber nicht in irgend welcher Rücksichtnahme des jetzt etwa 75jährigen zu suchen, an der öffentlichen Tätigkeit hindert ihn vielmehr ein körperliches Gebrechen. Puttrich ist schon seit 20 Jahren völlig erblindet und dadurch außerordentlich in jeder Tätigkeit behindert. Er verfolgt aber mit regem Interesse die Vorgänge in der Partei und freut sich ihrer Entwicklung. Unter den Zeitungen, die ihm vorgelesen werden, darf die „Leipziger Volkszeitung“, der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ niemals fehlen. Als Liebhaber noch in Vorödrorf weilte, war Puttrich dort häufiger Gast. Soweit es ihm möglich ist, sucht er nach Kräften die Partei-Bewegung zu fördern; besonderes Interesse zeigt er für junge strebsame Genossen, denen er Belehrung und Anregung aus dem reichen Schatz seines umfassenden Wissens zu teil werden läßt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Jahreshilfe Ober-Schönweide des Holzarbeiter-Verbandes hat in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen: Der obligatorische Beitrag von 25 Pf. bleibt bestehen, so daß zusammen mit dem ordentlichen 50 Pf. Beitrag pro Woche zu bezahlen sind. Die Arbeitslosen-Unterstützung richtet sich nach der Zahl der gezahlten Beiträge und zwar bei 26 geleisteten Beiträgen 5 M., bei 52 Beiträgen 7 M., bei 136 Beiträgen 8 M., bei 208 Beiträgen 9 M., bei 290 Beiträgen 10 M. pro Woche. Die Unterstützungsdauer beträgt 6 Wochen.

Deutsches Reich.

Bergarbeiter-Ausstand in Oberschlesien.

Der „Soll. Ztg.“ wird telegraphiert: Auf einer der Rattowitzer Aktiengesellschaft gehörigen Grube brach heute früh ein Ausstand aus. Von 500 Bergleuten sind 350 ausständig. Auch auf der Redensblüdegrube ist ein Teil der Arbeiter nicht eingefahren. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband begehrt, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ mitteilt, in diesem Jahre vier Gedentage. Am 1. Januar dieses Jahres waren es genau 25 Jahre her, als unter der Redaktion Reinhard Meyers die erste Nummer der „Neuen Tischler-Zeitung“ erschien. In diese dieses Jahres sind 20 Jahre verfloßen, seit in Mainz unter dem Vorsitz des gegenwärtigen Verbandsvorleiters, Karl Klob, der Centralverband von Vereinen der Tischler und verwandten Berufsgenossen gegründet wurde. Am 1. Juli des Jahres 1883, also vor zehn Jahren, vereinigte sich der seit zehn Jahren bestehende Tischlerverband mit den Verbänden der Drechsler, Stellmacher und der Württemacher zu dem heute kraftvoll dastehenden, allen Stürmen trotzen Deutschen Holzarbeiter-Verband. Am gleichen Tage sind es zehn Jahre, seit die „Holzarbeiter-Zeitung“ sich in den Dienst der kämpfenden Kollegen stellte.

Die Textilarbeiter der Firma Schönsfeld in Grimnitzschau traten vor sechs Wochen in den Ausstand, weil der Geschäftsinhaber nicht nur ihre Forderungen (es handelte sich in der Hauptsache um Verrückung von Rüstständen) ablehnte, sondern auch die Kommission, welche ihm die Wünsche der Arbeiter vortrug, entlassen hatte. Der Konflikt ist jetzt zu Gunsten der Ausständigen beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Ein harts Urteil zum Schick von Arbeitswilligen hat die Erfurter Strafkammer gefällt. Es handelt sich um drei Forner, M., S. und L., die während des Fornerstreits bei Schwabe u. Comp. Posten standen. Bei dieser Gelegenheit soll M., wie das Gericht als erwiesen erachtete, zwei Arbeitswillige beschimpft und mit Steinen beworfen haben. Ein anderer Arbeitswilliger ist auf dem Wege zur Arbeitshütte angehalten und aufgefordert worden, nicht zur Arbeit zu gehen. Die Handlung wird hauptsächlich dem L. zur Last gelegt, während S. an diesen Vorgängen aktiv nicht beteiligt war. Der Staatsanwalt beantragte deshalb auch die Freisprechung des Letzteren, während er für M. 10 Tage Gefängnis und 3 Tage Haft, für L. aber 2 Wochen und 2 Tage Gefängnis für angemessen

hielt. Das Gericht ging weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Es hielt alle drei Angeklagten der Rötigung schuldig und verurteilte M. zu 1 Monat und 3 Tagen, S. zu 1 Monat, L. zu 6 Wochen und 2 Tagen Gefängnis. Die Angeklagten waren bisher unbestraft. Zur Begründung des hohen Strafmaßes wurde angeführt, daß Arbeitswillige eines energischen Schutzes bedürfen. — Den hat ihnen die Strafkammer denn auch in hohem Maße zu teil werden lassen.

Ausland.

Die Vereinigung der französischen Gewerkschaftsorganisationen.

Mit dem 1. Januar d. J. ist eine seit langem angestrebte Vereinigung der beiden großen gewerkschaftlichen Organisationen, die in Frankreich nebeneinander existierten, zur Tatsache geworden. Der Kongreß der Arbeitsbörsen, der in Algier stattfand, und der Kongreß der Gewerkschaftsverbände von Montpellier beschloßen, daß ihre Exekutivkomitees (oberste Leitung) miteinander in Verbindung zu treten und eine Verhandlung herbeiführen hätten. In den französischen „Arbeitsbörsen“ sind die Arbeiter lokal zusammengefaßt, etwa in der Weise wie in den deutschen Gewerkschaftskartellen. Die einzelnen Berufe bilden „Syndikate“, welche sich um die Arbeitsbörsen gruppieren und ihre Aufgaben durch die Entfaltung und mögliche Ausnutzung ihrer korporativen Kräfte am Orte für erledigt halten. Die Arbeitsbörsen des Landes waren allerdings auch in einem Bunde der Arbeitsbörsen vereinigt. Neben dieser Organisation besteht in Frankreich die „Confederation du Travail“. Diese umfaßt die Berufs- und Industrie-Verbände, die sich wie unsere deutschen Centralverbände über das ganze Land ausbreiten. Durch die oben bezeichneten Beschlüsse sind diese beiden Organisationen nun mit einander verbunden; allerdings ist dies vorläufig noch in ziemlich loser Form geschehen. Die Leitungen der beiden werden in Zukunft die Aktionen gemeinsam dirigieren. Jedes einzelne Syndikat, d. h. nach deutschem Sprachgebrauch jede Ortsverwaltung oder Zastelle, eines Nationalverbandes ist in Zukunft zugleich an die Arbeitsbörse des Ortes angegeschlossen, während die lokalen Syndikate, die jetzt den Arbeitsbörsen angehören, sich ihrem Nationalverband anzuschließen haben. Allerdings bleiben noch viele Gewerkschaften außerhalb dieser Verbindung und diese selbst ist noch sehr unvollkommen, aber es ist immerhin der erste Schritt zur definitiven Vereinigung, welche der bedauerlichen Zersplitterung der französischen Arbeiterkraft ein Ende machen wird.

Streiks und Ausperrungen in Schweden 1902. Die Streikbewegung war in Schweden im verflohenen Jahre, auch wenn man den Generalstreik, als einen Kampf um politische Zwecke, nicht in Betracht zieht, recht lebhaft. Die Zahl der Streiks und Ausperrungen betrug zwar nur 123 gegen 127 im Jahre 1901, die Zahl der beteiligten Arbeiter aber 9600 mit 350 000 verlorenen Arbeitstagen, gegen nur 9000 mit 210 000 verlorenen Arbeitstagen im Jahre 1901. Würde man den Generalstreik mit seinen circa 120 000 Teilnehmern und durchschnittlich 3 Streiktage hinzurechnen, so würden Zahlen heraustrimmen, denen gegenüber alles bisher Dagewesene als ganz unbedeutend erscheinen müßte. — Von den oben erwähnten Arbeiterkonflikten werden 14 mit 3200 Arbeitern und 140 000 verlorenen Arbeitstagen als Ausperrungen bezeichnet. Im allgemeinen haben die Arbeitgeber eine mehr abwartende und weniger angreifende Haltung gezeigt als in den unmittelbar vorhergehenden Jahren.

Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Verband hielt kürzlich seine sechste Jahresversammlung in Amsterdam ab. Der Vorsitzende Henri Polak wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß der Verband von der großen Ausperrung im vorigen Jahre keinen Schaden gestitten hat, sondern geföhrt aus diesem Kampfe hervorging. Damals zählte der Verband 6400 Mitglieder, jetzt zählt er 7500. Trotz der drei Monate Ausperrung wurde im verflohenen Jahre mit 185 000 Gulden eine höhere Summe als je zuvor erzielt. Der Verband war in 62 Lohnstreitigkeiten verwickelt, die alle mehr oder minder zu Gunsten der Arbeiter geregelt wurden. Für Unterzählungen bei Ausperrungen und Streiks wurden im verflohenen Jahre 153 440 Gulden ausgegeben. — Ein Antrag, der Verband solle sich unter der Bedingung, daß das Nationale Arbeitersekretariat sein Statut so ändert, daß die großen Verbände nicht durch kleine Fachvereine überstimmt werden, dieser Körperschaft anschließen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Der Vorsitzende erklärte zu dieser Frage, daß der feindselige Ton und die gegenseitige Verbitterung hinsichtlich des Nationalen Arbeitersekretariats im Schwanden begriffen sei. Man solle nun auf beiden des Diamantarbeiter-Verbandes ruhig abwarten und hoffen, daß bald Einigkeit in der niederländischen Arbeiterbewegung zu Stande käme. — Einstimmig wurde beschlossen, daß der Verband dem Amsterdamer Gewerkschaftskartell beitreten soll.

Der Streik der Bergleute von Denby und Cadby (Hochlize) dauert bereits sechs Monate. Den Bergleuten, die zugleich Arbeiter der Grubenbesitzer sind, wurde ihre Wohnung gestündigt. 400 Familien haben sich widerlegt und es sind 300 Polizisten nach dort beordert worden, um die Emission der Arbeiter zu bewerkstelligen. Man befürchtet, daß es dabei zu größeren Unruhen kommen wird.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die erste Sitzung im neuen Jahre begann in der üblichen Weise mit einigen Begrüßungsworten des bisherigen Vorstehers, dem unentbehrlichen Kaiserhof usw.

Die Renovation des Vorstandes ergab dieselbe Zusammensetzung wie im vorhergehenden Jahre. Für das Amt des Vorstehers und das des Vorsteher-Stellvertreters wurden auf Vorschlag der „Neuen Linken“ die Herren Rängerhaus („Alte Linke“) und Michel („Praktion Kommunisten“) durch Acclamation wiedergewählt. Bei der Wahl der drei Beisitzer ist Genosse Singer namens der sozialdemokratischen Fraktion für einen dieser Posten den Genossen Borgmann vor. Borgmann unterlag; er bekam nur 26 Stimmen. Bei der Wahl der drei Beisitzer-Stellvertreter wurde von unserer Seite der Anspruch auf einen dieser Posten erneuert. Aber auch hier unterlag Borgmann, diesmal mit 32 Stimmen. Es bleibt also weiter dabei, daß die drei Ämter der Stadtverordneten-Versammlung bildende sozialdemokratische Fraktion im Vorstand völlig unvertreten sein soll — so will es die freisinnige Mehrheit. Die oben mitgeteilten Zahlen beweisen, daß auch die Mitglieder der „Neuen Linken“ in ihrer Mehrzahl, gleich denen im Cassel und Rommeln, mit der Fortdauer dieses Zustandes einverstanden sind.

Unter den Beratungsgegenständen der gestrigen Sitzung stand oberan ein Antrag des zur Vorbereitung der Renovation eines Schulkartells eingeleiteten Ausschusses. Es handelt sich um eine Wiederholung des im Plenum der Versammlung schon vor zwei Jahren gemachten Vorschlages, dem Fach- und Fortbildungsschulwesen einen besonderen Leiter zu geben. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses wurde vom Genossen Singer der Bericht erstattet. Singer wies auf die neuere Entwicklung des Fach- und Fortbildungsschulwesens hin, das die vorgezeichnete Aenderung notwendig mache, und beklagte, daß vom Magistrat in der vorliegenden Frage bisher nichts gethan worden ist, obwohl es vor zwei Jahren versprochen wurde. Die Versammlung erklärte sich für den Vorschlag des Ausschusses, zu dem nun auch der Magistrat wird Stellung nehmen müssen.

Zu einigen Schulbau-Entwürfen, über die die Versammlung zu beschließen hatte, wurde von unserem Genossen Brun

der Wunsch ausgesprochen, daß bei den Steinmetz-Arbeiten mehr als bisher die Berliner Arbeiter herbeizogelassen würden, schon mit Rücksicht auf die in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit. Die Bauverwaltung läßt gegenwärtig, der Expansio wegen, auch die feineren Arbeiten meist in der Nähe der Brüche ausführen.

Die neuen Bedingungen für die Gaslieferung, die den Gasverbrauchern beschert werden sollen, enthalten auch eine Art Streikklausel. Die Verwaltung der Gaswerke will bei etwaigen Streiks für Unterbrechung der Gaslieferung dem Verbraucher keinen Schadenersatz leisten. Diese Bestimmung, die sich zugleich gegen die Gasverbraucher und gegen die Gasarbeiter richtet, wurde von unserm Genossen Wurm scharf bekämpft. Der Magistratsbevollmächtigte Stadtrat Kammlau entwickelte in seiner Erwiderung Gründe, wie man sie bei privaten Unternehmern allenfalls gewohnt ist. Wurm wies diesen Versuch, den streikenden Arbeitern ein wertvolles Kampfmittel zu entziehen und den Schaden auf die Konsumenten abzuwälzen, noch einmal nachdrücklich zurück. Der Entwurf der Lieferungsbedingungen wurde schließlich einem Ausschuss zu näherer Prüfung überwiesen.

Das selbste noch.

Der Grunewald soll bekanntlich „erschlossen“ werden. Was das bedeutet, wird manchem noch nicht recht klar sein. Eigentlich war der Grunewald ja von je zugänglich und mancher Großstadt-Bewohner fand hier auf einsamen Spaziergängen Erquickung für seine abgepannten Nerven. Allerdings an Sonntagen wurde das Bild lebendig und die Nähe der Bahnhöfe sowie die Umgebung des Hundeshier- und Schlachtenfests wimmelte von Menschen und Stullenpapier. Aber selbst an diesem Tage blieb für den Fußgänger kaum Raum, um dem Pflaster, der Saubacht, dem Großen Heister und andern schönen Stellen in der Nähe der Havel Besuche abzustatten. Hier konnte sich der Wanderer in Gründen verlieren und selten nur begegnete einem in der ernsten, schweigenden Waldwelt eine gleich gestimmte Menschenseele. Deslo mehr aber traten dem Spaziergänger Stuhlföhren und namentlich Rehe in den Weg, die in ganzen Wäldern eifrig durch das Dickicht rannen oder auch in ungenutzter Regierende stillstanden, um sich den menschlichen Störchenfried in nächster Nähe zu betrachten. Wirtschaftler waren verbannt; nur beim Pflaster in der Saubacht oder am Zenselfeß konnte der Durstige ein Glas Milch oder Bier erhaschen. Gewiß mag der Grunewald in manchen Stellen hinter der Neuzeit zurückgeblieben sein, und durchaus berechtigt finden wir z. B. die Klage der Radfahrer, daß es ihnen verboten ist, von Schildhorn nach Bahnhof Grunewald den Wald zu durchqueren.

Das soll nun aber anders werden. Karussells, Kling-Kling, Bumm-Bumm und Tschingada und selbstverständlich Wirtschaftler in stattlicher Zahl werden nach erfolgter Erschließung das Jähll ablösen und an Stelle des nach andern Plätzen „überführten“ lieben Schwundes tritt die Militärkapelle. Mag sein, daß das ein Fortschritt ist und auf diese Weise der den Berlinern bis jetzt noch viel zu wenig bekannte Grunewald popularisiert wird. Aber der Komfort der Neuzeit scheint im Eifer des Projektmachens mit etwas besänftigender Ausgiebigkeit auf den Grunewald niedergutausfallen. Denn wenn es wahr ist, was ein hiesiges Blatt von der Errichtung einer Automobil-Rennbahn berichtet, so kann auch einem Menschen mit relativ gesunden Nerven eb der in Aussicht stehenden Fälle des Segens angst und bange werden. Es besteht danach der Plan,

bei Gelegenheit der Erschließung des Grunewalds die sogenannten Schuttreifen zu beiden Seiten der Berlin-Wehlarer Bahn innerhalb des Waldgebietes auf eine Strecke von ca. zwölf Kilometer zum ausschließlichen Gebrauch für Automobile zu bestimmen. Dieses Projekt ist in dem vom Kaiser nunmehr genehmigten Plan zur Umgestaltung des Grunewalds enthalten, der jetzt dem Landwirtschaftsminister zur Vorbereitung übergeben wurde, um später als Vorlage dem Abgeordnetenhause zuzugehen. Bei Verwirklichung des Projekts würde die Umgebung von Berlin eine geradezu ideale Automobil-Rennbahn erhalten.

Herrn v. Poddobielski mag der hier im schönsten Reporterdeutsch erklärte Plan ähnlich scheinen. Andre Menschen werden von Zählklappern befallen werden bei dem Gedanken, daß gerade hier im Waldesgrün der Kengingehant des Toff-Toff mit dem Kieferndunst eine Medalliance eingehen und der hergehoch wallende Staub, den das Unglücksfahrzeug emporwirbelt, Wäme und Menschenlungen gleichmäßig malträtieren soll. Feiert der geläuterte Geschmack der für solches Unheil verantwortlichen Regierungskreise weiter derartige Orgeln, dann mag der Grunewald hinfort die Gesellschaftskreise entgegen, die in der letzten Silberrnacht zuerst in der Rhythmonie die ihnen geistesverwandte Frauenwelt in den Himmel hoben und dann einige Stunden später patriotisch die Waft am Rhein ihrer Seele entströmen ließen. Es wendet sich aber mit Grausen, wer bisher die Gasse freundschaft mächtig küssen genoh.

Die „Freien Stunden“ sind jetzt in ihren siebenten Jahrgang eingetreten. Der Erfolg, den sich diese Wochenzeitschrift für das arbeitende Volk in der Zeit ihres Bestehens errungen hat, zeigt zur Evidenz, daß der von ihr betretene Weg der richtige ist und das Streben der Redaktion die richtige Würdigung findet. Die Schriftleitung der „Freien Stunden“ geht wie bekannt, davon aus, daß die besseren Werke nicht allein der neueren, sondern auch der älteren Romanliteratur Gemeingut der arbeitenden Bevölkerung werden sollen und bringt daher in geschickter Gruppierung Werke der bekanntesten Autoren.

In dem jetzt vollendeten sechsten Jahrgange finden wir des älteren Alexander Dumas populären Roman „Die drei Muskettiere“, ferner Wilhelm Raabes „Schwarze Galere“ und eine Novellenfolge von Robert Schöndel, die unter dem Gesamttitel „Aus dem Leben der Entertien“ ergreifende Schilderungen der Proletariatwelt enthält.

Der neue Jahrgang führt der Arbeiterkraft einen populären ungarischen Dichter vor. Von Maurus Jolai wird der Roman „Ein Goldmensch“ veröffentlicht, der sich durch reiche Phantasie und spannende Handlung auszeichnet. Ferner werden wir mit dem eifässigen Schriftsteller-Paar Erdmann-Chairian in seiner zur Zeit der französischen Revolution spielenden Erzählung „Frau Therese“ bekannt gemacht. Eine kurze Biographie von Jolai sowie allerhand Miscellen vervollständigen den Inhalt des ersten Heftes der „Freien Stunden“. Der billige Preis von 10 Pf. für das allmähentlich erscheinende Heft wird dazu beitragen, daß den alten Freunden dieser Zeitschrift viele neue hinzugeführt werden. Alle Zeitungscolporteurs sowie die Expedition des „Vorwärts“ nehmen Bestellungen auf die „Freien Stunden“ entgegen.

Ob nun die Drangsalierungen aufhören werden? Als das Sozialistengesetz beilegt war, glaubten die Behörden, durch eine oft ungläubliche Interpretation der gewöhnlichen Gesetzesbestimmungen den Fortschritten der Arbeiterkraft den Garaus machen zu müssen. So entstanden die Drangsalierungen mit Hilfe des groben Ungehörparagrafen, die Expansionsprozesse, der Polizeikampf mit Hilfe des reaktionären Vereinsgesetzes usw. Selbstverständlich leisteten die deutschen Gerichte dem Polizeirecht wider Willige und sprachen



st Verurteilungen aus, von denen das Ende weg war. Das Fazit dieses Kampfes ist bekannt: Die Socialdemokratie steht gefestigter und stärker denn je da.

Nachdem der Minister vor Jahresfrist wegen der Beteiligung der Frauen an der Landbändler-Versammlung die bekannte Segments-Konzeption hat machen müssen, ist neuerdings, wie berichtet wird, auf Grund eines Gerichtsbeschlusses folgende neue Anweisung an die Polizeibehörden ergangen:

Nachdem nun auch Anordnung dahin getroffen ist, daß Frauen selbst in solchen Versammlungen der politischen Vereine, in denen öffentliche oder politische Angelegenheiten erörtert werden, zugelassen sind, sofern sie diesen Versammlungen nur als Zuschauerinnen in abgegrenztem Räume beizubehalten, ohne an den Verhandlungen thätigen Anteil zu nehmen, erscheint es, selbst abgesehen von den erörterten rechtlichen Bedenken, nicht mehr angebracht, sie von solchen Versammlungen auszuschließen, bei denen, wie bei Tanzfestlichkeiten, Leses-Abenden und dergleichen, die Erörterung öffentlicher oder politischer Angelegenheiten programmäßig gar nicht beabsichtigt ist. Die Polizeibehörden sind deshalb angewiesen, daß sie das Verbot des § 8 Absatz 3 des Vereinsgesetzes bis auf weiteres nur noch gegenüber solchen Versammlungen der politischen Vereine zur Anwendung bringen, die dem Ueberwachungsrecht des Vereinsgesetzes unterliegen, weil in ihnen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, daß sie aber bei allen anderen Versammlungen der politischen Vereine, namentlich bei rein geselligen Zusammenkünften, wie Tanzfestlichkeiten die Teilnahme von Frauen fernerhin nicht verhindern. Nur dann, wenn diese Art von Versammlungen zu Umgehungen des Gesetzes benutzt wird, wenn also bei geselligen Vereinigungen in die Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten eingegriffen wird und die Frauen sich dabei in einer Weise betheiligen, welche nicht zugelassen ist, würde die Polizeibehörde auf Grund bestimmter Thatfachen beauftragt werden, einzuschreiten.

Drangsalierungen der erwähnten Art sind wenn auch nicht in Berlin selbst, so doch in manchen Berliner Vororten bis in die letzte Zeit versucht worden. Uns soll verlangen, ob dieser Polizeikampf nunmehr aufhören wird und die Behörde es hinfort unterläßt, Tanzfestlichkeiten von Arbeitervereinen aufzulösen, weil auf diejenige von der Behörde schandweg zu Versammlungen gespielten Vergnügungen die Männer das Verbot begehren haben, nicht mit Geschlechtsgegnossen, sondern mit ihren Frauen und Bräuten zu tanzen.

Der rasende Pöbel gab Mittwochabend wieder in den Konfessionen die Vorstellung, er sprach über die Juden in Oesterreich. Die Zerstückung Oesterreichs sei dem Riesenfluch dortiger Juden zuzuschreiben. Nur Wien habe sich unter der tapferen Führung des wackeren Luzeer vom Judenjoch befreit und bilde ein leuchtendes Vorbild für das verjudete Berlin. (Beifall und Heiterkeit.) Auch hier mährte eine neue Berliner Bewegung daran gehen, das rote Haus zu säubern. Heraus mit dem roten Manne aus dem roten Hause, müsse die Parole sein. In Oesterreich verlage die Justiz, so oft die Juden die Hand im Spiele haben, klar bewiesene Ritualmorde blieben ungeführt, Deutschland müsse sich hüten den gleichen Weg zu gehen, sonst sei es verloren. Der Kampf gegen das Judentum sei ein gottgefälliger, ja heiliger, es gelte die deutsche und christliche Kultur gegen den Ansturm orientalischer Schensale zu verteidigen und kein Deutscher dürfe sich Ruhe gönnen, bis der rote Manasse sich im Staube wälze, dann erst sei der Bestand des Reiches und des Kaiserthums gesichert. — Graf Pückler trug wie immer einen Heiterkeitserfolg nach Hause.

Daß das Leben am preussischen Königshofe durchaus nicht so leicht zu nehmen ist und im Gegenteil beträchtliche Anstrengungen verlangt, ergiebt sich aus einer Zusammenstellung der diesjährigen Hoffestlichkeiten, die wir im Lokal-Anzeiger finden. Danach sieht das Programm folgendermaßen aus:

- Donnerstag, 15. d. Mts.: Militär-Cour. — Sonnabend, 17. d. Mts.: Fest des hohen Ordens vom Schwarzen Adler. — Sonntag, 18. d. Mts.: Krönungs- und Ordensfest. — Freitag, 23. d. Mts.: Große Cour beim Kaiser und der Kaiserin im königlichen Schloß für das diplomatische Corps, sämtliche Damen und für die Herren vom Civil. — Dienstag, 27. d. Mts.: Geburtsfest des Kaisers. — Mittwoch, 4. Februar: Großer Ball im königlichen Schloß. — Mittwoch, 11. Februar: Meiner Ball im königlichen Schloß. — Mittwoch, 18. Februar: Subscriptionsball im königlichen Opernhaus. — Dienstag, 24. Februar: Fastnachtsball im königlichen Schloß.

Das sind innerhalb fünf Wochen neun große Festlichkeiten. Welch ein Murren würde sich wohl unter Arbeitern erheben, wenn sie das durchmachen sollten!

Die 22 Berliner Unfallsationen vom roten Kreuz wurden im Jahre 1902 in 47 102 Fällen für erste ärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Darunter befanden sich rund 15 000 Personen, denen diese Hilfe unentgeltlich gewährt worden ist. Mit den eigenen Krankenwagen der Unfallsationen wurden 1568 Transporte kostenfrei ausgeführt. Die unentgeltliche Eisabgabe bei Krankeitsfällen geschah in 1776 Fällen. Die Zahl der von der Polizei den Stationen übergebenen, teilweise bewußlosen Personen betrug 2786. Die Bemerkung des Telephonnetzes der Unfallsationen zu zweien des Rettungsdienstes fand außerdem in rund 35 000 Fällen statt, so daß die Unfallsationen im Jahre 1902 insgesamt 88 000 mal in Anspruch genommen worden sind.

Ein Beitrag zum Kapitel von der „Ehrenmord“. In der Untersuchung gegen den Klemperer v. Mansky wegen Tötung des Gastwirts Alisch spielt auch der Vorgang, der die eigentliche Veranlassung zu der That gegeben haben soll, eine Rolle, und von der Staatsanwaltschaft werden Erhebungen über die angebliche Schlägerei, die im August v. J. im Hause Parochialstr. 19 stattgefunden haben soll, vorgenommen. Mansky behauptet, daß er hinterläßt angefallen, geschlagen und gestochen worden sei, und zwar hauptsächlich von dem Gastwirt Alisch. Nach den vorhandenen Akten und den auf Grund der Anzeige eingeholten Zeugenaussagen ist jedoch eine Stärkung jenes Voralles nicht zu gewinnen, ebensowenig von den Vernehmungen, die jetzt vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden haben. Otto v. Mansky wird jedenfalls noch auf seinen Geisteszustand hin untersucht werden. R. hatte in Berlin gar keinen Verkehr, galt bei allen Personen, mit denen er in Berührung kam, als Sonderling, und erklärte bei seiner Vernehmung, daß er gar nicht habe anders handeln können und er den Alisch erschützen mußte. Nachdem er, der Klemperer, den ablehnenden Befehl der Staatsanwaltschaft auf die Anzeige gegen A. erhalten, sei er von dem Gedanken gepackt worden, er könne die ihm widerfahrne Beleidigung nur mit Blut rächen, und er habe keine ruhige Stunde mehr gehabt. Es war ihm, Mansky, ganz gleichgültig, ob Alisch tot oder verwundet wäre, er wollte ihn nur blutend zusammenbrechen sehen.

Schwer verbrannt. Die 44 Jahre alte Aufseherin Marie Galle, geb. Besemann, aus der Prinz Eugenstr. 8a, wollte gestern Abend die Kochmaschine heizen, um für ihren Mann, den sie von der Arbeit zurückverwarte, das Abendbrot zu bereiten. Es scheint nun, daß sie aus dem Behälter ihrer Lampe in das Feuer, das wohl nicht recht brennen mochte, Petroleum gegossen hat. Jedenfalls plagte der Behälter, so daß sich das brennende Öl über die Frau ergoß und ihre ganze Kleidung von oben bis unten in Brand setzte. Räucherlos brennend riß die Unglückliche die Thür auf und schrie um Hilfe. Aber bis Nachbarnleute die Flammen erlösch hatten, war sie schon am ganzen Körper vom Gesicht bis zu den Füßen schwer verbrannt. Ein Schuhmann brachte die Verunglückte mit einer Droschke in ein Krankenhaus, wo sie vernehmungsunfähig und hoffnungslos darniederliegt.

Die Ermittlungen wegen der Denkmalschändungen sind durch die Behauptungen eines einwandfreien Zeugen in eine ganz neue Richtung gelenkt worden. Ein Herr aus der Kaiser-Wilhelmstraße hat der Kriminalpolizei wichtige Mitteilungen über eine Beobachtung gemacht, die in die Stunde von 4 bis 5 Uhr am Sonntagmorgen

fällt. Als der Herr um diese Zeit auf dem Heimwege war, ging etwa 15 Schritte vor ihm über die Südseite der Kaiser-Wilhelmstraße ein Mann nach der Burgstraße hin, der sieben- bis achtmal seinen Arm erhob und mit einem schweren Gegenstand auf die Brüste schlug, daß es weithin dröhnte. An der Ecke der Kaiser-Wilhelmstraße stellte sich der Mann vor eine Anschlagfäule, fixierte diese ein Weilschen an und ging dann auf die andre Seite hinüber nach der Dampfmaschine, die vor der Brüste lag und arbeitete, um sie sich ebenfalls anzusehen. Zu dieser Wahrnehmung kommt, daß um dieselbe Zeit die Pförtnerleute der Börse durch dröhnende Schläge gegen das Börsegebäude gewekelt wurden. Sie forschten nicht weiter nach, woher die Schläge gekommen seien, waren aber doch so munter geworden, daß sie nach der Uhr sahen und sich die Zeit merkten. Es war kurz nach 4 Uhr. Bemerkenswert ist auch, was der Herr aus der Kaiser-Wilhelmstraße weiter sagte. Während der Mann vorher auf der Brüste ganz aufrecht und stramm gegangen war, nahm er später, als er sich bemerkte, die Haltung eines Betrunklenen an und ging in schlappen Tritt mit geschwundenen Schritten nach der andern Straßenseite. Der Zeuge gewann den Eindruck, daß der Mann sich betrunken stellte. Dieser verdächtige Mann hatte ein ziemlich intelligentes Gesicht und machte nach den Aussagen des Zeugen den Eindruck eines besseren Kunsthandwerkers. Er ist etwa 33-35 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar und einen schwarzen, kurzen, struppigen Schnurrbart, der nach den Mundwinkeln herabhängt. Beide Seiten seines Gesichtes hatten jenen bläulich-schwarzen Schimmer, den man oft an Leuten mit starkem dunklen Bartwuchs nach dem Rasieren sieht. Sein Gesicht war etwas eingefallen, die Gestalt schwächlich. Bekleidet war der Mann mit einem dunklen Schlapphut und einem dunklen, bis über die Knie hinreichenden Paletot, der, augenscheinlich für ihn zu groß, um die Arme herumkloterte, während die zu langen Ärmel bis auf die Hände herabhängten. HOFFENTLICH GELINGT ES DABEI, DIESEN MANN ZU ERMITTELN.

Mittel- und Arbeitslosigkeit scheinen den 33 Jahre alten Brauer Karl Schneider aus Strehlen in Schlesien in den Tod getrieben zu haben. Schneider wohnte zwei Tage und drei Nächte in der Fremdenherberge von Engel am Schlesienschen Bahnhof Nr. 1, hatte einen Tag bezahlt und bezahl nun keinen Pfennig mehr. Gestern morgen um 9 Uhr fand ihn der Hausdiener in seinem Blute schwimmend auf seiner Stube liegen. Er hatte sich aus einem Korbverder eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Man brachte den Verwundeten mit einer Droschke nach der Unfallstation am Mariament-Ufer, dort starb er schon bald nach der Aufnahme.

Eine große Betriebsstörung auf der Hoch- und Untergrundbahn trat Mittwochabend auf der Weststrecke ein. An einem auf der Linie Potsdamer Platz-Anie fahrenden Zug war, als dieser vom Anschlagdreieck die Richtung nach der Haltestelle Wilmsstraße einschlug, ein Stromablehmer von der Stromschiene abgeglitten. Als dann der Zug vor der genannten Haltestelle die Weiche passierte, lief der abgeglittene Stromablehmer auf die jenseits dieser Weiche liegende Stromschiene wieder auf und beschädigte die Stromleitung. Sofort entstand Kurzschluss und der Betrieb stand vom Geleisdreieck bis zum Anie still. Sechs Züge blieben plötzlich auf der Strecke liegen. Die Fahrgäste gerieten natürlich in Schrecken, wurden aber vom Fahrpersonal zur Ruhe ermahnt. Es gelang dann, mit dem vorhandenen schwachen Strom die Züge bis zu den nächsten Haltestellen zu bringen, wo die Fahrgäste die Wagen und Bahnhofe verlassen mußten. Die Betriebsstörung auf der genannten Strecke konnte erst nach mehreren Stunden beseitigt werden.

Auf dem Jordenbeplatz erhängte sich gestern, Donnerstagmorgen, der 34 Jahre alte Arbeiter Albert Rehe vom Weidenweg Nr. 40, der in der Wäschefabrik von Rose u. Stern in der Neuen Königstraße, 22 Jahre lang beschäftigt war. Als Veranlassung geben die Hausgenossen Familienzwist an, während Frau Rehe den Selbstmord ihres Mannes auf Nervosität zurückführt. Am Mittwoch war Rehe nicht im Geschäft, gestern morgen um 7 Uhr verließ er seine Wohnung, als ob er wieder hingehen wollte. Um 8 Uhr sah ihn ein Mädchen, das ins Geschäft ging, auf dem Jordenbeplatz an einem Baume hängen. Ein Parkwächter und ein Schuttmann schnitten ihn ab, er war aber schon tot. Auf einem Zettel hatte Rehe einem Freunde hinterlassen, es sei sein Wille gewesen, sich am Sterbeplatz seines Vaters das Leben zu nehmen.

Ein unentgeltlicher Kursus in Elektrotechnik beginnt am Montag, den 12. Januar, an der 7. städtischen Fortbildungsschule. Derselbe wird abends von 7 $\frac{1}{2}$ -9 $\frac{1}{2}$  Uhr gehalten. Die Teilnahme ist jedermann gestattet und bedingt keine Vorkenntnisse. Anmeldungen werden täglich abends im Amtszimmer Gräferstr. 85 entgegen genommen.

Die Freie Hochschule Berlin eröffnet am 16. Januar ihr neues Lehrquartal mit 21 Klassen aus den verschiedensten Wissensgebieten in den Aulen des Könlischen Gymnasiums, der Charlottenstraße, des Grauen Klosters und im Rathaus. Die Vorlesungen werden abgehalten von den Herren: Wilhelm Bölsche, Dr. W. Brandis, Dr. V. Friedländer, Dr. M. Hirschfeld, Dr. Kefuß v. Stradonitz, Kammerherr, Theodor Kappstein, Wolfgang Kirchbach, Dr. H. Lux, Direktor Friedr. Moest, Dr. Penzig, Dr. M. Puglisi Pico, Ehrenpräsident der Akademie der Wissenschaften in Catania, Dr. A. Steiner, Dr. Bruno Wille. Kartenverkauf (ausführliche Programme kostenlos) u. a. bei Lazarus, Friedrichstr. 66; Schildberger, Schildstraße 3 (Kühnplatz); Praunig, Kronenstr. 19; Nicolai, Dorotheenstr. 75.

### Haus den Nachbarorten.

Nieder-Schönweide. Der Wahlverein hält Sonnabendabend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr seine regelmäßige Versammlung bei J. Franz, Grünauerstraße 5, ab. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Grünau. Am Sonnabendabend 9 Uhr hält der Wahlverein seine Mitglieder-Versammlung im Lokal Stabbert, Köpenickerstraße 88, ab. Genosse Kalkel spricht über Nacht und Recht.

Südwalde. Im benachbarten Zeuthen bei Heinrich (Ganels Abloge) spricht Sonntagmittag 5 Uhr Genosse Sträbel-Verker über den Umsturz im Reichstage. Neue Mitglieder werden in dieser Vollversammlung aufgenommen.

Die erste Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung im neuen Jahre gestaltete sich zu einer Festigung und Anlaß der Einweihung des Sitzungssaales im neuen Rathaus und des 25-jährigen Jubiläums des Stadtverordneten Dr. Franz. Nach der Uebergabe des Saales seitens des Oberbürgermeisters und der Uebernahme desselben durch den Vorsteher wurde Herr Dr. Franz eine von seinen Kollegen unterzeichnete Adresse feierlich überreicht. Daraus erfolgte die Einführung der wieder- und neugewählten Stadträte Horn, Meher, Schliemann, Börner, Beringer, Winkelmann sowie die Einführung der neugewählten Stadtverordneten Sack, Dr. Schmidt, Seibert und Wolf. Die Wahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: Junn Vorsteher wurde Herr Ströbler mit 52 von 68 Stimmen wiedergewählt. 14 Zettel waren unbeschrieben. Stellvertretender Vorsteher wurde Herr Wulz, auf den 47 Stimmen fielen, während sein Gegenkandidat Dr. v. Liszt 17 Stimmen erhielt. Zu Beisitzern wurden durch Zufall die Herren Franke, Heise, Dr. Hubatsch und Radwiy wiedergewählt. Bei den Wahlen der Mitglieder für die ständigen Ausschüsse wurde von unsrer Fraktion

Scharnberg in den Wahlausschuß, Girsh in den Petitionsausschuß, Vogel in den Rechnungsausschuß und Waack in den Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnendevotiven gewählt.

aus Niddorf schreibt man uns: Die hällige Entwicklung der nach Berlin zu belegenden Könlischen Wiesen dürfte binnen kurzem einen großen Aufschwung nehmen, denn mit der in diesem Jahre stattfindenden Ausschüttung des Wiesenabwässers in der Strecke zwischen dem neuen Stadtkanal und der Wiesenbrücke im Zuge des Mahbach-Ufers tritt die Möglichkeit ein, alle nach dem Niddorfer Bebauungsplan in jener Gegend vorgesehenen Straßen zur Anlegung zu bringen. Die Verhandlungen mit den Anliegern über diese Straßeneingulierungen sollen von der Stadtverwaltung demnächst eingeleitet werden und es besteht kein Zweifel, daß die Anlieger die Kosten übernehmen werden. Nach Fertigstellung der Straßen wäre der ganze Stadtteil zwischen Wiesenbrückestraße und Kottbuscher Damm und Mahbach-Ufer der Bebauung erschlossen. — Auch die Fertigstellung der wältigen Straßenverbindung zwischen dem Kottbuscher Damm und der Friedelstraße, der Lenaustraße, ist nunmehr gesichert. Die Verhandlungen mit den Interessenten sind bereits abgeschlossen, so daß mit dem Straßenbau noch in diesem Monat begonnen werden soll.

Spandau. Eine hübsche Illustration zu dem Thema „Gleiches Recht für alle“ lieferte der Amtsvorstand von Spandau-Land. Wir berichten bereits, welchen Drangsalierungen der Gastwirt Krüger in Ziefwerder bei Spandau seitens der Dorfpatrioten ausgeleitet gewesen ist, als der Mann kürzlich seinen Saal der socialdemokratischen Partei zur Verfügung stellte. Nunmehr hat der Amtsvorstand dem Wirt auch bekannt gegeben, daß dieser fortan sein Lokal schon um 10 Uhr abends schließen müsse. Auch die Tanzverläufe solle sich zulänglich nicht mehr über 12 Uhr hinaus erstrecken. Es bedeutet dies eine Verkürzung der Geschäftszeit um je zwei Stunden und damit eine erhebliche Schmälerung des Einkommens Krügers. Wenn auch viele Parteigenossen sicher nicht unterlassen werden, den gemahregelten Saalbesitzer unso thätfräftiger zu unterstützen, so geht doch aus diesem Fall hervor, daß sich die Behörden auch ohne Ausnahmegefes zu helfen wissen.

Neu-Weisenfee. Die hiesige Arbeiterschaft ist bitter enttäuscht: das Gewerbegericht, welches am 1. Januar eröffnet werden sollte, ist immer noch nicht in Funktion getreten. Die anhängigen Streitigkeiten werden nicht angenommen und die klagen Parteien an das Amtsgericht verwiesen. § 85 des Ortsstatuts sagt: „Dieses Ortsstatut tritt am 1. Januar 1903 in Kraft; die Maßnahmen, welche erforderlich sind, um die Wirksamkeit des Gewerbegerichts von diesem Zeitpunkt ab zu ermöglichen, können bereits vorher getroffen werden.“ Auf dieses „Können“ hat man sich hievor zweifellos gestützt. Das Ortsstatut ist bereits am 23. September 1902 vom Bezirksauschuß genehmigt und am 20. Oktober 1902 vom Gemeindevorsteher veröffentlicht worden. Die Wahlen der Beisitzer fanden aber erst am 14. Dezember 1902 statt, und da eine Einspruchsfrist von einem Monat vorgezogen ist, so läuft diese mit dem 13. Januar dieses Jahres ab. Dann wird wiederum eine geraume Zeit ins Land gehen, bis der § 22 des Ortsstatuts zur Geltung kommt, der da sagt: „Die endgültige Zusammensetzung des Gewerbegerichts ist von dem Gemeindevorstand unter Angabe der Namen und Wohnorte der Mitglieder durch das zu den amtlichen Anzeigen der Gemeinde-Verwaltungen bestimmte Blatt bekannt zu geben.“ Und so wird die Arbeiterschaft von Neu-Weisenfee froh sein müssen, wenn sie die Vorteile des Gewerbegerichts mit dem 1. April 1903 kennen lernen. Es lag gewiß nicht in der Absicht der Gesetzgeber, zu erfahren, daß ihre Beschlüsse so wenig Beachtung finden, denn es wäre doch sonst nicht bestimmt worden, daß in Gemeinden von über 20 000 Einwohnern bis zum 1. Januar 1902 ein Gewerbegericht zu errichten ist. An der Zeit ist es, daß man auch in Neu-Weisenfee mit den Arbeiten zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung ein ebenso schnelles Tempo einschlägt, wie in anderen, nicht so wichtigen Angelegenheiten.

## Gerichts-Zeitung.

Polizeikampf gegen Zeitungshändler. Gegen § 86 der Berliner Straßen-Polizeiverordnung sollte sich der Zeitungshändler Berger dadurch vergangen haben, daß er in der Königstraße eine feste Handelsstätte eingenommen habe, ohne im Besitze der dazu erforderlichen polizeilichen Erlaubnis zu sein. Berger bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Seit diesen Jahren betriebe er den Zeitungshandel mit Erlaubnis des Hausverwalters, und ungestört von der Polizei, von der Küche eines Hauses in der Königstraße aus. Es handle sich hier um eine offene Verkaufsstelle im Sinne der Gewerbe-Ordnung und nicht um eine Verkaufsstätte auf der Straße, so daß er einer polizeilichen Erlaubnis gar nicht bedürftig hätte. — Das Landgericht I als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und das Kammergericht verwarf seine Revision mit folgender Begründung: Allerdings habe der Angeklagte seit 10 Jahren die Thürnisse des Hauses Königstraße 33 mit Erlaubnis des Verwalters benutzt, indem er seinen Kasten mit Zeitungen dort aufstellte. Die Küche könne aber hier nicht als offene Verkaufsstelle, nicht als feste Handelsstelle angesehen werden; sie sei vielmehr nur der Aufbewahrungsort für die Waren des Angeklagten gewesen. Dieser habe im übrigen die Straße als Verkaufsstelle benutzt, indem er in der Regel vor der Küche auf dem Trottoir seine Zeitungen verlaufe. Somit habe er auf der Straße eine feste Verkaufsstelle eingenommen. Da er keine Erlaubnis dazu besaß, sei § 86 der Straßenpolizei-Verordnung mit Recht angewendet worden.

Die „vergiftete Suppe“ des Grafen Pückler-Al. Tschirne bildete den Gegenstand einer gestern vor dem Schöffengericht verhandelten Privatklage. Graf Pückler hatte sich bekanntlich nach seiner Verurteilung wegen qualifizierter Sachbeschädigung auf einige Zeit nach der Schweiz begeben und u. a. auch in dem Bergdorf Hauptwil, Kanton Thurgau, aufgehalten. Dort hatte er in der bekannten Gastwirtschaft des Jean Etter zu Mittag gegessen. Am 6. Juni 1902 hielt Graf Pückler in den Concordia-Sälen eine Versammlung ab, in welcher er eine Rede über das Thema „Das deutsche Volk am Rande des Abgrundes“ hielt. Er berührte dabei auch seinen Aufenthalt im Gasthose „Zum Löwen“ zu Hauptwil und erzählte seinen Zuhörern, daß er daselbst beinahe durch eine vergiftete Suppe um Leben gekommen wäre. Er habe sich mit dem Gastwirt und einem andern Manne zu Tisch gesetzt. Der Gastwirt, so sagte er, wörtlich, habe einen scheußlichen und widerwärtigen Eindruck gemacht, der Keil habe in jeder Beziehung eine Verbrecher-Physiognomie gehabt. Neben ihm habe ein Judenbengel gesessen, solches Gesindel laufe ihm ja immer nach, wo er auch gehe und stehe. Er habe sofort nach dem ersten Löffel Suppe gemerkt, daß dieselbe vergiftet gewesen sein müsse und habe sie mit dem Ausruf „Verfluchtes Dreckzeug!“ wieder ausgegipen. Hätte er die Suppe ganz aufgegessen, so wäre er sicher er gestorben gewesen, so aber sei er mit starken Leibschmerzen davon gekommen. Er habe unmittelbar darauf den unheimlichen Det verlassen und sei nach Winterthur übergesiedelt. Er nannte den Gastwirt in seiner Rede ferner einen „von Juden bestochenen Schuft“, einen „Lump“, der für einige Tausend Frank Sündenlohn einen Germanen um die Ecke bringen wollte“, eine „Kanaille“, die mit glühenden Hängen zu Tode geschunden werden müßte“ u. dgl. mehr. Die Rede wurde durch eine unter Verantwortlichkeit des Grafen Pückler erdichtete Extra-Ausgabe der „Staatsbürger-Zeitung“ weiteren Kreisen bekannt gemacht und kam auch zur Kenntnis des Herrn Etter zu Hauptwil, der in Gemeinschaft mit seinem Angestellten H. D. B. H. A. — dem als „Judenbengel“ bezeichneten dritten Thigast — die Privatklage auf Grund des § 187 anstrengte. Rechtsanwältin Aehnelt beantragte eine nachdrückliche Beistrafung. Die Beleidigungen und Schmähungen des Angeklagten seien so groß, daß man thätig mit einem in einem andern Prozeß vernommenen Sachverständigen eigentlich der Frage näher







# Winter-Garten

**Vollständig neues Programm:**  
**Tortajada** Spanische Tänzerin.  
 Paul Conchas: „Im Bivouac“,  
 Marten und Elliott, Excentrics,  
 Walino und Marinette, Tanzduo,  
**Thompsons Wunder-Elefanten.**  
**Otto Reutter,** Humorist.  
 Das Bordoverry-Trio.  
**Anrienne Larive,** Pariser Sängerin.  
 Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.  
 Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.  
 Die 7 Allisons, Akrobaten.  
 „Das Mädchen mit dem goldenen Haar“, Eine Vision.  
**Pariser Luft,** Ballett.  
 „Die Reise in den Mond“, Biographische Bilder.

**Gratweils Bierhallen**  
 Theater u. Variété  
 Kommandanten-Str. 77/79.  
 Direktion: Carl Haverland.  
 Täglich: Gr. Vorstellung.  
 Das grosse amüsante  
**Januar-Programm**  
 Nur allererste Kunstkräfte.  
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
 Seb. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch  
 nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

Neu eröffnet! Gute Ventilation!  
**Café Schurig,**  
 Oranien-Str. 144  
 dicht am Horitzplatz.  
 Saal 10 u. 15; Bier 10 Pf.  
 Billard a Stunde 40 Pf.  
 Gr. Auswahl an Zeitungen,  
 modernen Zeitschriften und  
 Journalen. [1903]

**Julius Fischer, Boeckstr. 7.**  
 empfiehlt allen Freunden und Ge-  
 noßen sein Lokal, Vereinszimmer zu  
 25 Personen, „Reichiger Volkszeitung“  
 mit Zosterleiste liegt aus. 1892

**Große Betten 12 M.**  
 (Couché, Matratze, zwei Kissen mit  
 gereinigtem neuen Federn bei  
 Gr. Badstr. 10, Berlin S., Pring-  
 nische 46. Preisliste kostenlos. Viele  
 Anerkennungsbriefe.

**Magazin**  
**Sarg J. Schumacher,**  
 Svinowunderstr. 120.  
 Unentgeltliche u. persönliche Beilegung  
 aller Beerdigungangelegenheiten.

**Total-**  
**Inventur-Ausverkauf**  
 Die noch vorhandenen Rest-  
 bestände in Herrenstoffen für  
 Anzüge, Paletots und Hosen etc.  
 geben spottbillig an Private  
 ab. Wer Geld sparen will,  
 nehme diese günstige Gelegen-  
 heit wahr! 2872

**Endfabrik-Niederlage**  
**Koch & Seeland**  
 Ross-Strasse 2.  
 Sonntags von 8-10 und  
 12-2 Uhr geöffnet!

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Branche der Bautischler.**  
 Sonntag, den 11. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15, Saal 1:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Ahrens über: Die Bedeutung der Gewerbe-  
 gerichte. 2. Diskussion. 3. Bericht des Obmanns. 4. Was denken die Bau-  
 tischler zu thun?  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Obmann.

**Achtung! Einsetzer! Achtung!**  
 Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, finden in sämtlichen  
 Bezirken die **Bezirksversammlungen** statt. — Wegen der Aus-  
 stellung der Fragebogen ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.  
 Die Kommission.  
 Die Adresse des Obmanns ist: O. Paris, Schwedenstr. 18 a.

## Steinarbeiter.

Sonntag, den 11. Januar, mittags 1 Uhr,  
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:  
**Oeffentl. Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vierteljahr-Abrechnung. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Ver-  
 schiedenes. 172/1  
 Um zahlreiches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vertrauensmann.

## Verband der Bauanschläger

Deutschlands. (Ortsgruppe Berlin.)  
 Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr,  
 in Wendts Central-Clubhaus, Königsgarten 11a:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
 Die Arbeitsnachweise resp. Zahlstellen, wofür auch neue Mit-  
 glieder aufgenommen werden, befinden sich: Hufschützstr. 75 bei Beckmann;  
 Charlottenburg, Bismarckstr. 50 bei Hagen; Kirdorf, Köpenickerstr. 17 bei  
 Schöneberg, Tempelhoferstr. 17 bei Köhler. 35/1 Der Vorstand.

## Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Lipke, Weichselstr. 15:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Vierteljahr 1902. 2. Jahresbericht. 3. Wahl  
 von drei Ausschussmitgliedern. 4. Festsetzung der Entschädigung für den  
 Vorstand. 5. Bericht über die Bibliothek. 6. Wahl eines Bibliothekars.  
 7. Beschlußfassung über eine Dampfpumpe und sonstige Vereinsangelegen-  
 heiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß. 198/1 Der Vorstand.

## Achtung! Charlottenburg! Achtung!

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen**  
 Deutschlands (Zahlstelle Charlottenburg).  
 Sonnabend, den 10. Januar 1903,  
 in großer Saal des Charlottenburger Volkshauses, Köpenickerstr. 3:  
**Gr. Wiener Maskenball.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt 40 Pfennige. Ende?  
 Während der Kaffeepause Gesangsverträge und Deklamationen.  
 Billets sind zu haben im Volkshaus, Köpenickerstr. 3, im Restaurant bei  
 Emil Müller. 64/1

**Dr. Simmel, Prinzen-**  
 Str. 41.  
 Spezialarzt für 155/11\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Charlottenburg.**  
**M. Schmerberg** 1882\*  
 Bismarckdorfer Str. 127,  
 Uhrmacher und Goldarbeiter.  
 Großes Lager von Uhren  
 und Goldwaren zu  
 äußerst billigen Preisen.  
 Optische Artikel. Goldschmied  
 werden schmerzlos geflochten.

**Charlottenburg!**  
**Volkshaus, Rosinen-Strasse No. 3.**  
 Sonntag, den 11. Januar 1903:  
**Kommers**  
 der Parteigenossen und Genossen des Wahlkreises  
**Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.**  
 Anfang 3 Uhr. 202/1 Von 11 Uhr vormittags Frühstücken. Eintrittspreis 25 Pf.

## Achtung! 6. Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)  
 Sonntag, d. 11. Januar, abends 6 Uhr, im Jägerhaus,  
 Schönhauser Allee 103:  
**Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. — Nachdem:  
 Gemüthliches Beisammeln und Tanz. Der Vertrauensmann.  
 Zahlreiches Besuch erwartet (Referent siehe Sonntags-Beilage.) 219/1

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.  
 Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.  
 Fernspr.: Amt VII Nr. 1909.

**Branchen-Versammlungen:**  
**Achtung! Geschirr- und Eijennöbel-Branche:**  
 Am Montag, den 12. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im  
 Englischen Hof, Neue Rosstrasse 3.

**Treibriemen-Branche:**  
 Am Dienstag, den 13. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

**Achtung! Taschen- und Koffer-Branche:**  
 Mittwoch, 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15, Saal 7.

**Wahl der Lohnkommission.**  
**Militär-Branche:**  
 Sonnabend, den 10. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im  
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

**Sinolenmleger und Teppichnäher.**  
 Montag, 12. Januar 1903, abds. 8 1/2 Uhr, bei Ladewig,  
 Kommandantenstr. 65.

**Achtung! Wagen-Branche: Achtung!**  
 Mittwoch, 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engel-Ufer 15, Saal 2.

**Sektion Charlottenburg:**  
 Dienstag, den 12. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Ed. Dörre,  
 Charlottenburg, Wallstraße 90.

In diesen Versammlungen erfolgt die Aufstellung der Delegierten  
 zur Generalversammlung 1903. 156/1  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist dringend not-  
 wendig.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 Sonnabend, den 21. Februar 1903:

**Grosser Wiener Maskenball**  
 bei doppelt besetztem Orchester in den Gesamtträumen des Gewerkschafts-  
 hauses, Engel-Ufer 15. — Während der Kaffeepause humoristische Vorträge.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Ende ?? — Billets sind in den Ver-  
 sammlungen, im Bureau sowie bei den bekannten Kollegen zu haben. Um  
 zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Das Vergnügungsomitee. A. H.: W. Tuschke, Grünauerstr. 10, IV.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353

Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Konferenz der Vertrauensleute für Charlottenburg**  
 bei Pasche, Potsdamerstr. 44.

Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Konferenz der Vertrauensleute des Nordens**  
 bei Diete, Ackerstr. 123.

Zahlreiches Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**  
 119/5

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
**Schneidgeschäft** billig Marx-  
 str. 16. 745\*  
**Zeitungsgeschäft** zu verkaufen. Aus-  
 künft. Expedition Nord, Kottbus-  
 Allee 98. 778\*  
**Gardinehand** Große Frankfurter-  
 str. 9, parterre. 797\*  
**Zweijährige elegante Herren-An-  
 züge und Paletots** aus den modernsten  
 Stoffen in guter Verarbeitung und  
 ruhigen von 15 bis 45 Mark.  
 Julius Lindenbaum, Große Frank-  
 furterstr. 141, Ecke Renschstr. 7  
**Zweijährige Herrenanzüge, Pa-  
 letots, Reithosen, neueste Modellen**  
 herrlich, Deutsches Versandhaus,  
 Tagerstr. 63/1. 1300\*

**Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-**  
 näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
 gebrauchte tabellos, spottbillig Köp-  
 fenstr. 60/61, Landsberger-  
 str. 82. 793\*  
**Leppiche!** (tehrerhafte) in allen  
 Größen für die Hälfte des Wertes  
 im Leppichlager Brunn, Hufschütz-  
 str. 4, Bismarckstr. 119/5  
**Spottbillig Leppiche, Betten,**  
 Leppichdecken, Winterpaletots, Anzüge,  
 Remonteurwaren, Regulatorien, Gardi-  
 nen, Spiegel, Waschtolletten, Stühle,  
 Kostümzüge, Leppichhaus, Randerstr. 6,  
 Teilzahlungen gestattet. 53/16\*  
**Wringmaschinen** auf Abzahlung,  
 ohne Anzahlung, Bestmann, Gollnow-  
 str. 26, nahe der Landsberger-  
 str. 14678\*  
**Rähmaschinen, Langschiffchen,**  
 12 Mark. Wheeler-Bilson 8 Mark,  
 Bestmann, Gollnowstr. 26 nahe der  
 Landsbergerstr. 14668\*

**Vorjährige elegante Herren-**  
 Winterpaletots und Anzüge aus  
 feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.  
 Verkauf Sonnabend und Sonntag,  
 Versandhaus Germania, Unter den  
 Eichen 21. 14653\*  
**Steppdecken** billig! Fabrik Große  
 Frankfurterstr. 9, parterre. 797\*  
**Milchgeschäft** sofort zu verkaufen.  
 Franz Schmidt, Waldstr. 15.  
**Land ohne Anzahlung, monatlich**  
 8 Mark Abzahlung, 55 Quadratrudder,  
 300 Karb, am herrlichen Park, schöne  
 Villenkolonie der Zukunft, 45 Minuten  
 von Berlin. Nur noch kurze Zeit.  
 Auskunft erteilt Günther, Dunder-  
 str. Nr. 21, abends von 8-10.  
 Sonntag vormittags. 78  
**Sobeldänke, gedraughte, Schraub-**  
 löde, Bildhauerbänke, Schraubendre-  
 her, Schraubenzieher, Werkzeug Billig.  
 Otto, Zebulstr. 15. 743  
**Restaurant, gut gehend, drei Be-**  
 cines, wegen Krankheit veräußert;  
 auch mehrere Alkoxen- oder Kolonial-  
 waren-Geschäft bis 4000 Mark. Rab.  
 Z. 41 Postamt 108. 14245\*  
**Bancaloffs, 2 englische Bettstellen,**  
 Spinde für jeden annehmbarer Preis  
 veräußert Friedrichstr. 131 D, vorn  
 IV links. 61/19

**Leppiche** mit Herdsteinen, Fabrik-  
 niederlage Große Frankfurterstr. 9,  
 parterre. 797\*  
**Verschiedenes.**  
**Multschule** Charlottenstr. 116a,  
 monatlich 4,00. 1192b  
**Patentbureau** Dammann, Dammann-  
 str. 57, Nordring, bis abends neun.  
**Rechtsbureau** Bahls, Grüner  
 Weg vierundneunzig, Gerichtsbezirk,  
 Eingabengeld, Katerstellung, 1384b  
**Kunstschneiderei** von Frau Stofsky,  
 Scheinwegstr. 48, Quergebäude  
 hochparterre.  
**Vereinzimmer** Vier, Alte Kefel-  
 str. 110. 14748\*  
**Vereinzimmer** zu vergeben.  
 Potsdamer Platz, parterre, 745\*  
**Rechtsbureau, Prozedurkosten,**  
 Eingabengeld, Katerstellung, Fall,  
 Brunnenstr. 10. 1415b  
**75 Pfennige!** Einlaufschub, Ein-  
 gabengeld, Zahlungsbeleg, Kater-  
 stellung, Katerstellung, Einlaufschub,  
 Katerstufen, Kaufverträge, Gerichts-  
 klagen, Quergebäude, Dammann-  
 Rechtsbureau, Charlottenstr. 141.

**Maskengarderobe, Herren und**  
 Damen. Große Auswahl kostlicher  
 Anzüge Billig Hader, Rheinsberger-  
 str. 62. 137\*  
**Metallbruch, Lumpen jeder Art**  
 samt hochgehend, halt ab Nichtig,  
 Döpelstr. 11. 1417b\*  
**Goldfäden, alte Fahngelbe,**  
 Wollin, Silber samt Schneider,  
 Brunnenstr. 137, Eingang Ber-  
 nauerstr. 137, Schneiderei. 1418b\*  
**Verein!** Sonnabend, 7. Februar,  
 Saal frei Ammenstr. 16, Kullen-  
 städtisches Klubhaus. 1413b\*  
**Ich habe mich wieder in Char-**  
 lottenburg als Publiker niedergelassen  
 und bitte meine alten Bekannten,  
 mir das Wohlwollen von früher zu  
 teil werden zu lassen. Karl Wille,  
 Bismarckstr. 23 B. 7142  
**Die Beilegung** gegen Herrn  
 Albert Schröder nehme ich hiermit  
 an und erkläre ihn als einen  
 Ehrenmann. H. Souner. 793  
**Gestern** zwischen 19 und 1 Uhr ist  
 im Neuen Museum eine Kruppe mit  
 Stollensteinen und einem Spitalstein  
 schein abhandeln gekommen. Der ehe-  
 malige Finder wird gebeten, gegen gute  
 Belohnung die gefundenen Gegenstände  
 abzugeben. Pension Dorn, Potsdamer-  
 str. 29. 56/3

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 3. Berliner Reichstags-  
 Wahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 5. Januar verstarb unser  
 Mitglied, der Former  
**Max Ziesener.**  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Neuen  
 Jakobskirchhofes aus statt.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung  
 ersucht 249/1  
**Der Vorstand.**

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis  
 (Süd-Ost).  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Culturst  
**Gustav Hegener**  
 Stallstr. 28, Stadtgebiet 89,  
 gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Freilag, den 9. Januar, nachmittags  
 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Neuen Jakobskirchhofes, Kire-  
 dorf, Hermannstr. 190, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bitten  
 147/1  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Tapezierer,**  
 Filiale Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Kollege  
**Oskar Rössler**  
 am 6. d. M. gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Frei-  
 tag, den 9. Januar, nachmittags  
 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Neuen Jakobskirchhofes, Kire-  
 dorf, Hermannstr. 190, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bitten  
 147/1  
**Die Ortsverwaltung.**

**Kranken-Unterstützungs-**  
**und Begräbniskasse**  
 der Federjuristen Berlins.  
 (V. S. Nr. 50)  
**Sonntag, den 18. Januar,**  
 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weichselstr. 11:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902  
 2. Bericht der Revisoren.  
 3. Vorstandswahl:  
 a) Wahl eines 2. Vorsitzenden,  
 b) Wahl eines Kassierers,  
 c) Wahl eines Kontrolleurs.  
 4. Wahl der Vertrauensleute.  
 5. Geisäßliches. 1412b  
**Der Vorstand.**  
 A. H.: Gustav Bujtz.

**Arbeiter-Radfahrerverein**  
**„Berlin“.**  
 Sonntag 2 Uhr:  
 Halleisches Thor nach Steglitz  
 bei Schellhaase.  
 Donnerstag, den 15. Januar:  
**Versammlung**  
 bei Wendt, Königsgarten 14 a.  
 Anmeldungen zu meinen unent-  
 geltlichen Unterrichtsstunden für  
 talentierte unbemittelte Damen und  
 Herren, die sich der **Bahnenausbahn**  
 widmen wollen, nehme ich täglich von  
 9-10 und 1-3 entgegen. 1420b  
**Dr. Max Alberty,**  
 Regisseur am Residenz-Theater,  
 Charlottenburg, Friedbergstr. 14, IV.

**Leydeckers Festsäle,**  
 Sophienstr. 34,  
 Inhaber: Julius Hoffmann,  
 zu gedehren 1416b  
 Versammlungen und Festlichkeiten.